

Presse-Clipping
des Fachverbands der Lebensmittelindustrie
zu aktuellen Themen

Krieg in der Ukraine, Lebensmittelpreise, Marktmacht des LEH,
Herkunftskennzeichnung und NutriScore
(Stand: 28.2.2022)

TV:

- ZIB 2 Spezial vom 25.2.2022: Weizenpreis steigt durch Krieg Seite 5
- Servus TV | Servus am Abend vom 23.2.2022: Teuerung:
Gründe und Ausblick Seite 7
- ZIB 13, 13:00 vom 19.1.2022, Preise für landwirtschaftliche
Produkte gestiegen Seite 8

Hörfunk:

- Ö1 Mittagsjournal, 12:00 vom 17.1.2022: Lebensmittel werden
heuer teurer Seite 9
- Ö1 Morgenjournal, 7:00 vom 17.1.2022: Weizen, Roggen, Mais
deutlich teurer als vor einem Jahr Seite 10
- Radio Wien Stadtjournal vom 17.1.2022: Teurer werden heuer
die Lebensmittel Seite 11

Print & Online:

- CASH online 28.2.2022: Stillstehende Produktionen,
unterbrochene Lieferketten Seite 12
- Die Presse online vom 24.2.2022: Wie die Handelsriesen ihre
Marktmacht weiter ausbauen wollen Seite 18
- Österreich vom 24.2.2022: Österreichs Lebensmittel-Hersteller
gegen EU-Score Seite 23
- Kleine Zeitung Steiermark vom 23.2.2022: Was blieb von den
letzten Sanktionen? Seite 24
- Fleisch & Co online vom 21.2.2022: WKO gegen EU-Pläne für
Nährwertkennzeichnung Seite 26

- Tiroler Tageszeitung vom 20.2.2022: Streit um Kennzeichnung von Lebensmitteln Seite 27
- Tiroler Tageszeitung online vom 20.2.2022: „**Nutri-Score**“-System: Streit um Kennzeichnung von Lebensmitteln Seite 28
- Die Presse vom 20.2.2022: Wie die Handelsriesen ihre Marktmacht weiter ausbauen wollen Seite 29
- Profil vom 20.2.2022: Geschmacksfragen Seite 31
- Profil online vom 19.2.2022: Lebensmittel im Test: Wie sinnvoll ist der Nutri-Score? Seite 33
- Profil online vom 19.2.2022: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 37
- OTS0005 vom 19.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 38
- Top News online vom 19.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 39
- Börse Social Network online vom 19.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 40
- Börse Express online vom 19.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 41
- Export Today vom 18.2.2022: Streitpunkt Herkunftsbezeichnung Seite 42
- MYCITY24 Wien online vom 18.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 43
- MYCITY24 Steiermark online vom 18.2.2022: „**profil**“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung Seite 44
- Raiffeisenzeitung vom 17.2.2022: Unterschiedliche Interessen Seite 45
- Österreich vom 17.2.2022: Regio-Pickerl soll Lebensmittel-Herkunft zeigen Seite 46
- Fleisch & Co online vom 16.2.2022: Debatte um nationale Herkunftskennzeichnung Seite 47
- news.wko.at. vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 52

- Börse Social Network online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 56
- Top News online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 58
- Brandaktuell online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 62
- Börse Express online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 66
- Logistik Express online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung ist längst Realität Seite 69
- Vienna online vom 10.1.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 73
- Vorarlberger Nachrichten vom 10.1.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 75
- Vorarlberg online vom 10.1.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 77
- Oberösterreichisches Volksblatt online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 79
- Salzburger Nachrichten online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 81
- Kleine Zeitung online vom 10.2.2022: Klientelpolitik, Schlupflöcher Herkunft von Lebensmitteln: Heikle Fragen zur Kennzeichnung Seite 83
- News online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 85
- Drei online vom 10.2.2022: Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen Seite 87
- Salzburger Nachrichten vom 5.2.2022: Gefangen in der Kostenfalle Seite 89
- Der Standard vom 5.2.2022: Die Imperien schlagen zurück Seite 91
- Der Standard online vom 5.2.2022: Die Imperien schlagen zurück: Wie viel Macht haben Supermärkte? Seite 94
- Der Standard vom 29.1.2022: Druck auf Lieferanten gestiegen Seite 98
- Der Standard online vom 29.1.2022: Rewe gegen Schirnhöfer: Industrie sieht höheren Druck auf Lieferanten Seite 100
- Heute vom 18.1.2022: Bier, Brot, Butter, teuer wird das Futter Seite 102
- Krone vom 18.1.2022: Teureres Getreide lässt Lebensmittelpreise steigen Seite 103

- Krone Discover online vom 17.1.2022: 63 % mehr bei Weizen:
Teureres Getreide lässt Lebensmittelpreise steigen Seite 104
- Kosmo online vom 17.1.2022: Preise steigen: Diese Lebensmittel
werden deutlich teurer Seite 105
- Heute online vom 17.1.2022: Brot, Eier, Fleisch - diese
Lebensmittel werden teurer Seite 107
- Krone online vom 17.1.2022: Teureres Getreide lässt
Lebensmittelpreise steigen Seite 109
- Die Presse vom 15.1.2022: Was das Essen teurer macht Seite 110
- Die Presse online vom 14.1.2022: Warum Essen teurer werden
muss Seite 111

ZIB 2 Spezial vom 25.2.2022

ZIB 2 Spezial vom 25.02.2022 21.20 Uhr ZIB 2 Spezial 2120

ZIB 2 Spezial (21:20) - Ukraine-Krieg könne Weizenpreis weltweit unter Druck bringen



Lauer Margit (ORF) Auch die Weltmärkte haben natürlich die Situation in der Ukraine im Blick und werden auch zusehends nervös, denn die Ukraine ist bei pflanzlichen Lebensmitteln wie Weizen und Mais einer der größten Exporteure der Welt. Die Preise für diese Produkte sind zuletzt massiv in die Höhe geschossen. Schauen wir da auf eine Grafik. Anfang des Jahres kostete eine Tonne Weizen 274 Euro, inzwischen schon 317 Euro. Das ist ein Plus von 16 Prozent in weniger als zwei Monaten. Und auch der Blick in die Zukunft verheißt nichts Gutes, die Preisrallye könnte weitergehen und dann auch die Gesamtinflation anheizen.

OFF Sprecher (ORF) Die Ukraine gilt seit jeher als Kornkammer Europas. Etwa ein Drittel aller weltweiten Schwarzerde-Böden finden sich hier, sie gelten als besonders fruchtbar. Schwarze Erde gilt als die beste der Welt. Was in der Ukraine passiert, hat letztlich also Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise, auch in Österreich.

Domschitz Josef (WKO - Wirtschaftskammer Österreich) Bei Mais sind sie der viertgrößte Exporteur weltweit, bei Weizen der fünftgrößte Exporteur weltweit und wenn diese Lieferungen wegfallen, dann haben wir ein Verfügbarkeitsproblem in Europa. Und wenn die Nachfrage da ist und die Ware nicht da ist, dann steigt der Preis in Europa.

OFF Sprecher (ORF) Schon in den letzten Tagen hat der Weltmarkt für Getreide verrückt gespielt. Der Preis für Weizen ist allein seit Mittwoch um zehn Prozent in die Höhe geschnellt. Ähnlich entwickeln sich auch die Preise für Raps und Mais. Ein Ende des Preisanstiegs ist nicht absehbar. Wegen der Kriegshandlungen werde sich die Preissituation weiter zuspitzen, sagen Experten. Das trifft zunächst vor allem Bauern. Sie brauchen das Getreide zum Beispiel als Tierfutter, das nun immer teurer wird. Die Folge könnten steigende Fleischpreise sein. Schweinebauern könnten auf die Idee kommen, weniger Schweine zu verkaufen und stattdessen das Getreide, also das Futter, zu verkaufen.

Sinabell Franz (WIFO - Wirtschaftsforschungsinstitut) Wenn die Preissituation es zulässt, kann es für sie vorteilhaft sein, das Getreide direkt zu verkaufen und aus der Mast auszusteigen. Die Folge wäre dann eine Verknappung des Angebots und möglicherweise dann eine Steigerung des Fleischpreises.

OFF Sprecher (ORF) Die Europäische Union ist einer der Hauptabnehmer des ukrainischen Getreides und gleichzeitig stark auf russisches Öl und Gas für die Bewirtschaftung der eigenen Felder und die Ernte angewiesen. Somit droht für heimische Lebensmittel auch von dieser Seite eine Preissteigerung.

Domschitz Josef (WKO - Wirtschaftskammer Österreich) Es gibt in der Lebensmittelindustrie viele Bereiche, die sehr energieintensiv sind. Wir brauchen auch für die Produkte, die gekühlt werden müssen, Energie und deswegen werden diese Preise hier ansteigen.

OFF Sprecher (ORF) Die Experten gehen davon aus, dass die steigenden Lebensmittelpreise auch die Gesamtinflation weiter in die Höhe treiben dürften. Dabei ist diese ohnehin längst auf einem Rekordniveau, auch ohne Krieg in der Ukraine.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Copyright: APA-DeFacto GmbH - Seite 1

Link zum Nachschauen:

<http://www.hektor.apa.at/InstantVideos/20220225/14258640.m4v>

Servus TV vom 23.2.2022

Servus am Abend | Teuerung: Gründe und Ausblick



Link zum Nachschauen:

<https://www.servustv.com/aktuelles/v/aa7zegclam6d381jbhup/>

ZIB 13, 13:00 vom 19.1.2022

ZIB 13 vom 19.01.2022 13.00 Uhr ZIB 13 1300

ZIB 13 (13:00) - Preise für landwirtschaftliche Produkte gestiegen

Salzer Rebekka (ORF) Zurück zur Corona-Pandemie. Eine Folge daraus sind steigende Preise. In Deutschland etwa lag die Inflation im Vorjahr im Schnitt bei 3,1 Prozent. Das ist der höchste Wert seit fast 30 Jahren. Auch in Österreich ist zuletzt vieles teurer geworden, Katja Winkler.

Winkler Katja (ORF) Ja, Lebensmittel zum Beispiel. Für Nudeln, Eier oder auch Brot müssen wir derzeit mehr zahlen, als noch vor einem Jahr. Das liegt zum einen daran, dass die Preise für viele landwirtschaftliche Produkte, wie etwa Weizen, gestiegen sind. Aber auch die hohen Energiekosten machen den Bauern zu schaffen. Ein Ende der steigenden Preise ist derzeit noch nicht in Sicht.

Gruber Vanessa (ORF) Getreide - ob als Futtermittel für Tiere oder weiterverarbeitet als Mehl - wird aktuell stark nachgefragt. Das hat die Preise deutlich nach oben getrieben. Weizen etwa ist um rund 60 Prozent teurer als noch vor einem Jahr.

Sinabell Franz (WIFO - Wirtschaftsforschungsinstitut) Teilweise sind diese Preiserhöhungen schon spürbar, etwa Mehr ist teurer geworden. Bei Brot ist das noch nicht so wirklich angekommen. Das ist wahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten zu erwarten.

Gruber Vanessa (ORF) Aber nicht nur beim Bäcker wird es dann teurer. Denn die hohen Rohstoffpreise alleine sind nicht das Problem.

Domschitz Josef (WKO - Wirtschaftskammer Österreich) Wir haben Kostenerhöhungen bei vielen Rohstoffen. Wir haben Kostenerhöhungen bei den Verpackungen, bei Verpackungsmaterial, in der Logistik. Und jetzt kommt auch noch die Energie dazu, die letztendlich alle Produkte letztendlich teurer machen wird.

Gruber Vanessa (ORF) Das betreffe sowohl Obst und Zucker als auch Molkereiprodukte und Fleisch.

Videofile: <http://www.hektor.apa.at/InstantVideos/20220119/14152621.m4v>

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.



Ö1 Mittagsjournal, 12:00 vom 17.1.2022

Ö1 Mittagsjournal

mit Nachrichten in englischer Sprache



Link zum Nachhören (bis 24.1.2022):

<https://oe1.orf.at/player/20220117/665908/1642419398000>

Ö1 Morgenjournal, 7:00 vom 17.1.2022

Ö1 Morgenjournal 07:00

Ö1 Morgenjournal 07:00 vom 17.01.2022 07:00 Uhr Ö1 Morgenjournal 07:00 0700

Ö1 Morgenjournal 07:00 (07:00) - Getreidepreise werden weiter steigen

Hazivar Rainer (ORF) Damit zum nächsten Thema. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind im Jahresvergleich zum Teil enorm gestiegen. Das geht aus den neuesten Zahlen der Statistik Austria hervor. Ganz besonders betrifft das pflanzliche Produkte, vor allem Weizen, Roggen oder auch Mais, denn derzeit gibt es im In- aber auch im Ausland eine große Nachfrage nach Getreide und das werden auch Verbraucherinnen und Verbraucher bald noch mehr am Preis merken, heißt es in der Branche. Mehr von Max Nicholls.

Nicholls Max (ORF) Es sind zum Teil gewaltige Preissprünge, die die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Jahresvergleich gemacht haben. Vergleicht man etwa den Preis für 1 000 Kilo Weichweizen im November 2020 mit dem Preis im November 2021, so hat die Tonne um fast 63 Prozent mehr gekostet. Bei Mai waren es fast 48 Prozent und auch Roggen wurde im Jahresvergleich um fast 24 Prozent teurer. Das geht aus der Erzeugerpreisstatistik der Statistik Austria hervor. Besonders betroffen sind Getreidesorten. Vor allem, weil die Nachfrage im In- aber auch im Ausland hoch ist. Getreide werde meist weiterverarbeitet oder als Futtermittel für Tiere eingesetzt. Vor allem bei Brot und Backwaren könnten die Verbraucherinnen und Verbraucher bald steigende Preise bemerken, sagt Franz Sinabell vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO:

Sinabell Franz (WIFO - Wirtschaftsforschungsinstitut) Die Verbraucherinnen und Verbraucher merken das, wenn sie Geflügelfleisch kaufen oder Eier oder wenn sie Mehl kaufen. Die Verarbeitungsschritte von Getreide zu Geflügel sind natürlich vielfältiger als jene von Getreide zu Brot, weil da nur die Mehlerarbeitung dazwischen ist und die Brotherstellung. Das heißt, ehesten die Verbraucher Preissteigerungen beim Getreide, wenn sie Brot einkaufen.

Nicholls Max (ORF) Steigende Preise befürchtet auch Josef Domschitz vom Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in der Wirtschaftskammer:

Domschitz Josef (WKO - Wirtschaftskammer Österreich) Na, für die Konsumentinnen und Konsumenten wird es in weiterer Folge und das zeitlich verzögert dazu führen, wenn es nicht schon passiert ist bei bestimmten Produkten, dass es hier einfach zu Preisverteuerungen kommen wird. Es haben hier viele Bäcker ihre Preise für Brot und Gebäck schon angehoben und es wird auch der österreichische Lebensmitteleinzelhandel hier nachziehen müssen und zwar im Laufe des Jahres 2022.

Nicholls Max (ORF) Denn für viele Produzentinnen und Produzenten sei es schon länger sehr schwierig, die Kosten für die teureren Rohstoffe stemmen zu müssen, sagt Domschitz. Teurer geworden sind auch Erdäpfel und zwar um rund 80 Prozent im Jahresvergleich, allerdings war der Preis zwischenzeitlich sehr niedrig. Es handelt sich also, wenn man so will, um eine Preiserholung. Auch bei den tierischen Produkten gibt es Preissteigerungen. Sie fallen allerdings durchwegs niedriger aus. Das liegt einerseits am großen internationalen Angebot, andererseits aber auch an den Schwierigkeiten, die es derzeit beim Export gibt - Stichwort Lieferkettenprobleme. Die Futtermittel für die Tiere sind aber sehr wohl deutlich teurer geworden. Eine Situation, die so nicht lange gut gehen kann, sagen Beobachter der Branche.

Hazivar Rainer (ORF) Sagt Max Nicholls in seinem Beitrag über Preiserholungen und Preissteigerungen.

Audiofile zum Nachhören:

<http://www.hektor.apa.at/InstantVideos/20220117/14146070.m4a>

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Radio Wien Stadtjournal

Radio Wien*Radio Wien**"Radio Wien Stadtjournal 07:00" vom 17.01.2022***Radio Wien Stadtjournal 07:00**

Das Radio Wien Stadtjournal

Sendedatum: 2022-01-17

Sendezeit: 07:00

Sendungsdauer: 05:00

(00:02:20) ...von Fachleuten. Welche Regeln bei der Impfpflicht künftig gelten werden wir reden gleich ausführlich darüber in guten morgen Wien. In Corona schlafen immer mehr Wienerinnen und Wiener mittlerweile ziemlich schlecht vielen drückt die Pandemie auf die Psyche oder. Sie haben Schlafstörungen...

(00:03:01) ...Dass wie es heißt das Kind im Rahmen der über Prüfung der Schulreife vor Ort angesehen werden muss. Allerdings durch Corona und die hochansteckende ohne kommt Variante ist die Bildungsdirektion diesmal weniger streng. Bei einer normalen Einschreibung soll auf persönlichen Kontakt...

(00:03:50) ...und zwanzig wie aus Zahlen der Statistik Austria hervorgeht. Josef Domschitz vom Fachverband der Nahrungs und Genussmittel Industrie in der Wirtschaftskammer. Der Konsumentinnen Konsumenten wirds in weiterer Folge. Und dazu führen dass es hier einfach zu Presse Verteuerungen kommentiert. Der es...

Audiofile zum Nachhören (ab 03:50)

https://rtv.defacto.at/?param=sByEWqKfGBqMdLcGjzhSlxYRWIR3U0342LtfMibg6bSzplUYqBMdyyC3RIOYP5yoYoH0nZmDHBNIHXnSpoU8cjxha9OQwjw_CmNpCuZ

CASH online vom 28.2.2022

Home > Industrie > News

CASH+ Krieg in der Ukraine

Stillstehende Produktionen, unterbrochene Lieferketten

Von **Nataša Nikolić**, **Stefan Pirker** und **Christina Griebner**

Montag, 28. Februar 2022



Der Krieg in der Ukraine trifft österreichische und internationale Unternehmen, die dort und auch in Russland produzieren, mitunter hart. Ein Überblick über die bisherigen wirtschaftlichen Folgen.

Die Ukraine zählt zu den bedeutendsten Agrarexporteurs in die EU, allen voran mit Getreide, weshalb das Land mit seinen rund 40 Millionen Einwohnern oft auch als Kornkammer Europas bezeichnet wird. Auch Österreich pflegt seit vielen Jahrzehnten gute Geschäftsbeziehungen zur Ukraine, die etwa 0,4 Prozent der gesamten österreichischen Lebensmittelexporte bezieht. Damit liegt die Ukraine im Exportranking aus heimischer Sicht auf Platz 10. Zum Vergleich: Russland ist für österreichische Unternehmen noch weitaus bedeutender und rangiert im Exportranking auf Platz 4.

Während Getreide aus der Ukraine für Österreich im Speziellen eine eher untergeordnete Rolle spielt, da bei Bedarf auf Importe aus der Region (allen voran aus Bayern und Ungarn) gesetzt wird, kommt dem Land in anderen Bereichen eine wesentlich größere wirtschaftliche Bedeutung zu. Dazu gehört etwa der Import von TK-Früchten zur Weiterverarbeitung. Auch bei der Versorgung mit Fruchtsaftkonzentraten, Sojabohnen und Öl-Saaten ist die Ukraine ein wichtiger Partner für heimische Unternehmen, weiß Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Mit dem Fruchtsafthersteller Pfanner und der Agrana haben zwei große heimische Player eigene Plantagen bzw. Produktionsstandorte vor Ort.

Koßdorff befürchtet Dominoeffekt

Auf CASH-Nachfrage zeigt sich Koßdorff ob der ernsten politischen Lage sehr besorgt. Ihr zufolge werden sich die Auswirkungen der fehlenden Agrarimporte aus der Ukraine schnell direkt auf die Preise der landwirtschaftlichen Agrarwaren in der EU auswirken und eine Preisspirale nach oben in Gang setzen. "Auch wenn 0,4 Prozent der Lebensmittelexporte, die aus Österreich in die Ukraine gehen, nicht nach viel klingt, trifft der derzeitige Stillstand betroffene Unternehmen sehr hart. Jahrzehntelange Marktbearbeitung ist damit auf einen Schlag weg." Es bleibt abzuwarten, wie sich der Konflikt weiterentwickelt, bis es zur Ernte in vielen landwirtschaftlichen Bereichen kommt. Treffsichere Prognosen seien aus heutiger Sicht unmöglich. Unternehmen, die derzeit Geschäfte mit der Ukraine oder Russland machen, sind in einer unsicheren Lage, die keine Planung ermöglicht. Koßdorff zufolge könnte es in vielen Bereichen zu einem Dominoeffekt des Krieges kommen. Mit der Einberufung der wehrfähigen Männer fehlen Mitarbeiter in den Betrieben vor Ort, aber es zeichne sich auch etwa ein eklatanter Fahrermangel in der Logistik ab.

Koßdorff bezieht sich auch auf das Energielenkungsgesetz, für das derzeit in Österreich politische Vorkehrungen getroffen werden. Falls es im Worst-Case-Szenario dazu kommen sollte, dass die österreichische Industrie ihre Produktionen herunterfahren muss, damit die Versorgung der Privathaushalte mit Gas sichergestellt werden kann, hofft die Geschäftsführerin darauf, dass der Lebensmittelindustrie als Teil der kritischen Infrastruktur die Versorgung mit Gas weiterhin in ausreichendem Maße ermöglicht wird.

Agrana stoppt Fruchtverarbeitung in der Ukraine

Seit dem Jahr 1997 ist Agrana in der Ukraine tätig. In Vinnitsa, rund 300 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Kiew, beschäftigt das Unternehmen rund 600 Mitarbeiter und verarbeitet Früchte zu Fruchtzubereitungen für die Molkereiindustrie sowie zu Fruchtsaftkonzentraten für Getränkehersteller. Daneben betreibt Agrana im west-ukrainischen Luka einen eigenen landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb für Früchte für den regionalen Frisch- und Verarbeitungsmarkt.

"Wir beobachten die Situation sehr genau und sind auf verschiedene Krisenszenarien vorbereitet. Das heißt, wir haben einen Krisenstab aufgesetzt, um auf die weiteren Entwicklungen möglichst schnell reagieren zu können – natürlich mit Priorität für die Sicherheit und Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", erklärt Agrana-Pressesprecher Markus Simak, der weiters ausführt: "Die Produktion ist aktuell stillgelegt. Morgen Dienstag wird über die weitere Vorgangsweise je nach aktueller Lage entschieden. Wo notwendig, werden Lieferpläne angepasst oder Kunden aus anderen Standorten beliefert." Laut Simak sind bei Agrana in der Ukraine keine Österreicher beschäftigt.



Der ukrainische Standort von Agrana in Vinnitsa, rund 300 Kilometer südwestlich von Kiew

Mayr-Melnhof mit Verpackungsherstellung vor Ort

Ein weiteres österreichisches Unternehmen mit einem Produktionsstandort in der Ukraine ist Mayr-Melnhof Karton. Seit dem Jahr 2001 ist man in Cherkassy, am Fluss Dnepr, rund 200 Kilometer südlich von Kiew aktiv. Mit etwa 200 Mitarbeitern produziert man hier Verpackungen für Lebensmittel- und Zigarettenhersteller sowohl im Offset- als auch im Flexodruck. Die Produkte werden in der Ukraine selbst abgesetzt, aber auch exportiert. Laut Stephan Sweerts-Sporck, Head Investor Relations & Communications bei Mayr-Melnhof Karton, stehen aus Schutz der Mitarbeitenden die Anlagen seit Ende der Vorwoche still. Dies treffe seiner Aussage nach aber auch für den Großteil der Geschäftspartner von Mayr-Melnhof in der Ukraine zu.

Nestlés Fabriken und Lagerhäuser geschlossen

Der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern Nestlé hat übrigens auch seine Fabriken und Lagerhäuser in der Ukraine mit rund 5.000 Beschäftigten vorerst geschlossen. Priorität sei es, das Personal zu schützen, teilte das Unternehmen am Ende der Vorwoche in Vevey am Genfersee mit. Es handelt sich unter anderem um drei Fabriken, die Süßwaren, Getränke und Fertiggerichte sowie Zutaten herstellen. Das Unternehmen nehme die Produktion wieder auf, sobald dies sicher sei.

Henkel zeigt sich "zutiefst beunruhigt"

In einem LinkedIn-Posting gibt sich Konsumgüterriese Henkel tief betroffen von den jüngsten Ereignissen und der militärischen Eskalation. In der Ukraine beschäftigt der Konzern rund 600 Mitarbeiter, verteilt auf vier Produktionsstandorte, die seit vergangenen Donnerstag alle geschlossen sind. Zwei davon liegen zwar im Osten des Landes, jedoch nicht im von Separatisten besetzten Gebiet. In der Ukraine wird vor allem für den Binnenmarkt produziert. Der Anteil am Gesamtumsatz des Konzerns, der im vergangenen Jahr bei rund 20,1 Milliarden Euro lag, beträgt etwas weniger als ein Prozent.

"Unsere Gedanken sind bei allen Betroffenen in der Region. Als globales Unternehmen mit Mitarbeitern aus 120 Nationen sind wir der festen Überzeugung, dass sich gegenseitiger Respekt, Völkerrechtsstaatlichkeit und die friedliche Lösung von Konflikten durchsetzen müssen. In der aktuellen Situation geht es uns in erster Linie um die Sicherheit unserer Kollegen und ihrer Familien. Wir stehen mit ihnen in Kontakt, wenn es die Situation zulässt, und wir tun alles, um sie zu unterstützen. Darüber hinaus haben wir ein Ad-hoc-Hilfspaket von mehr als eine Million Euro auf den Weg gebracht – direkte

Unterstützung für unsere Kollegen in der Ukraine und internationale Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz", heißt es in der Stellungnahme auf LinkedIn.

Seit mehr als 30 Jahren ist Russland ein sehr wichtiger Markt für Henkel. Mit seinen Klebstoff-Marken und dem Haarpflege-, Waschmittel- und Kosmetikgeschäft erzielt der Düsseldorfer Dax-Konzern dort etwas weniger als 5 Prozent seines Konzernumsatzes. Henkel beschäftigt rund 2.500 Mitarbeiter in Russland.



Produktion der Henkel Bautechnik in der Region Nowosibirsk in Russland

Aufstrebende Märkte für heimischen Wein

Der Export von österreichischem Wein hat in den letzten Jahren einen enormen Aufwind erfahren. Sogar im Pandemiejahr 2020 stieg die Absatzzahl laut Österreich Wein Marketing um über sechs Prozent auf 67,4 Millionen Liter, der Umsatz erreichte gleichzeitig einen neuen Höchstwert von 187,3 Millionen Euro (+2,4 %). Gerade Märkte wie Russland zählten dabei zu den aufstrebendsten Abnehmern für österreichischen Wein und konnte den Absatz um 131,5 Prozent, den Umsatz um 112,9 Prozent steigern. Die Ukraine wuchs zwar auf kleinerem Niveau, dafür noch stärker, nämlich um 202,3 Prozent im Absatz und 161,9 Prozent im Umsatz. Das sind 53.000 Liter Wein bei einem Exportwert von immerhin rund 407.000 Euro. Mit großer Besorgnis beobachtete man deshalb natürlich auch die aktuellen Geschehnisse in der Ukraine, wie ÖWM-Geschäftsführer Chris Yorke betont: "Im Moment können wir noch nicht im Detail einschätzen, welche Auswirkungen der Konflikt auf den österreichischen Weinmarkt haben wird. Wir sehen aber einige Probleme auf uns zukommen: Die Grenzen sind dicht, österreichischer Wein schafft es

somit nicht mehr nach Russland oder in die Ukraine. In Russland wird durch die Sanktionen ein Kaufkraftverlust eintreten, wodurch vor Ort weniger Wein konsumiert werden wird. Zudem sind Handels-Embargos zu erwarten, die den Handel weiter einschränken oder gar zum Erliegen bringen könnten. Sollte sich die Situation also nicht in nächster Zeit wieder stabilisieren, müssen wir von deutlichen Einbußen auf beiden Märkten ausgehen."

<https://www.cash.at/industrie/news/krieg-in-der-ukraine-stillstehende-produktionen-unterbrochene-lieferketten-26290>

Die Presse online vom 24.2.2022



P Preisverhandlungen

Wie die Handelsriesen ihre Marktmacht weiter ausbauen wollen

24.02.2022 um 09:40

von **David Freudenthaler**



Hauptbild · In der Fleisch- und Wurstproduktion krachen Händler und Produzenten besonders hart aneinander. Die Handelsketten steigen immer öfter selbst in die Verarbeitung ein. · (c) Die Presse/Clemens Fabry (Clemens Fabry)

Die jährlichen Preisverhandlungen zwischen Supermarktketten und Lebensmittelproduzenten wurden zuletzt wieder härter geführt. Der enorme Preisdruck fordert immer mehr Bauernopfer. Auch das Bäcker- und Fleischersterben ist der wachsenden Marktmacht des Handels geschuldet. Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie rufen nach Hilfe, die Wettbewerbshüter stehen bereit.

So mancher Lebensmittelproduzent soll in den ersten Herbsttagen schlecht schlafen. Dann starten für gewöhnlich die sogenannten Jahresgespräche mit den Einkäufern der großen Handelsketten. Zweimal im Jahr holte er seine genagelten Holzschuhe aus der Truhe, erzählt ein ehemaliger Verkaufsmanager eines großen österreichischen Lebensmittelproduzenten. Einmal fährt er damit in die Spar-Zentrale nach Salzburg und einmal nach Wiener Neudorf südlich von Wien, wo Rewe Österreich sein Hauptbüro hat. Den Rest des Jahres verbrachten seine teuersten Schuhe in der Truhe, bei den gefürchteten Preisgesprächen mit den Handelsvorständen musste aber alles genau sitzen.

In vielen Fällen arten die Gespräche in langwierige Verhandlungen aus, in denen sich beide Seiten nichts schenken. Dabei soll es schon mehr als einmal zu wechselseitigen Schreiduellen gekommen sein, erfährt die „Presse am Sonntag“. Auch so manche Träne soll bei den harten Verhandlungen schon geflossen sein. Für beide Seiten geht es um viel. Bei den Gesprächen wird vereinbart, zu welchen Konditionen die Landwirte und Lebensmittelverarbeiter ihre Waren an die Handelsketten verkaufen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bestimmt meist, ob das kommende Geschäftsjahr ein Erfolg wird oder eben nicht. In der Regel gehen die Handelsvertreter als Gewinner aus diesem Gespräch. Durch die hohe Marktkonzentration haben sie eine große Verhandlungsmacht, die sie zu nutzen wissen. Den Zulieferern bleibt oft gar nichts anderes übrig, als klein beizugeben. Oder man wird aus dem Sortiment ausgelistet, was für die oft kleinstrukturierten Betriebe noch schmerzlicher ist. Immer mehr Erzeuger müssen diese Erfahrung machen.

„Die Gespräche mit den Handelsketten haben sich in den vergangenen Jahren auf jeden Fall verschärft“, sagt Wurstproduzent Hermann Neuburger. „Wir sind ganz sicher nicht irgendein Erzeuger, der völlig austauschbar wäre“, sagt der oberösterreichische Fleischer, der sich seit einigen Jahren auch an vegetarischen Produkten versucht, selbstbewusst. Trotzdem weiß er: „Der Handel kann auch ohne Neuburger leben, umgekehrt wird das schon schwieriger.“ Das musste der Geschäftsmann schon einmal am eigenen Leib erleben. Da Billa die durch Mehrkosten entstandene notwendige Preiserhöhung nicht ausbezahlen wollte, musste der Wursthändler die Lieferungen an einen seiner wichtigsten Abnehmer 2004 einstellen. Nach zwei Jahren konnte er sich mit der Handelskette wieder einigen, seither findet sich Neuburger wieder in jeder Wursttheke.

Zwar würden sich Supermärkte durch etablierte Marken wie Neuburger vom Sortiment der Discounter bewusst abheben, „die Margen steigen in der Branche aber schon lang nicht mehr“, weiß der Geschäftsmann. „Dafür sorgt schon der Handel.“

Wie man sich selbst aus dem Sortiment nimmt

Das Geschäft ist beinhard. Wer den Regeln der Händler nicht folgt, wird ausgelistet. „Schwache Markenartikler wurden in den vergangenen Jahren sukzessive aus den Sortimenten geworfen“, sagt Handelsexperte Andreas Kreutzer, Chef der Marktbeobachtungsfirma Branchenradar. Vor allem kleinere Produzenten könnten den oft wenig kompromissbereiten Verhandlern der Handelsketten kaum etwas entgegensetzen. Der Profit steht im Vordergrund, wer zu viel verlangt, verliert seinen Platz in den Regalen.

Bei den jährlichen Preisverhandlungen zwischen Händlern und Zulieferern geht es mitunter auch um Existenzen. Um die seine fürchtet gerade der steirische Fleischproduzent Karl Schirnhöfer. Der Fleischereibetrieb warf Billa „erpresserische Methoden“ vor. Vorausgegangen war ein monatelanger Streit um Almochsenfleisch, das der Fleischer verarbeitete, bevor es in den Regalen der Supermarktkette landete. Er werde preislich „enorm unter Druck gesetzt“ und es werde versucht, ihm einen Teil des Geschäfts wegzunehmen, so der Unternehmer. Zuletzt war ein Fünftel seiner Fleischmenge für Rewe reserviert. Der aktuelle Preiskampf mit dem ungleich größeren Handelskonzern könnte dem Betrieb nun aber zum Verhängnis werden.

Der Streit eskalierte Ende Jänner. Schirnhofen fühlte sich bei Verhandlungen massiv unter Druck gesetzt und sprach von „wirtschaftlicher Morddrohung“. Nach einigen unschönen an die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten zwischen Schirnhofen und einer Rewe-Einkäuferin hat der Handelskonzern eine Unterlassungsaufforderung wegen kredit- und rufschädigenden Verhaltens gegen den Fleischproduzenten eingebracht. Dieser wollte seine Äußerungen rund um den Vorwurf der Erpressung nicht zurückziehen und ließ eine entsprechende Frist Ende Jänner auslaufen. Mit der „Presse am Sonntag“ wollte Karl Schirnhofen darüber nicht sprechen – ein Indiz dafür, wie heikel seine Situation ist.

Künstlich hochgepushter Konflikt?

Der Fall des steirischen Verarbeiters könnte die seit Monaten aufgeheizte Stimmung zwischen Händlern und Produzenten kaum besser illustrieren. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) rückt regelmäßig öffentlich aus, um gegen die „unfairen Geschäftspraktiken“ der Handelsketten zu wettern. Sie

spricht von einem „schizophrenen und absurden“ System, das landwirtschaftliche Betriebe unter Druck setze und enden müsse.

Zwischen ihrer Position und jener von Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger geht bei diesem Thema keine Kuhhaut. „Die Händler wollen den letzten Cent aus den Bauern herauspressen. Immer nur das Billigste zu kaufen, egal, wo es herkommt, vernichtet unsere Landwirtschaft aber langfristig.“ Der Vorarlberger ist Verfechter einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung, da für importierte Waren nicht so hohe Standards gelten würden wie für einheimische Produktionen. Er verweist auf eine Wifo-Studie aus dem Herbst, wonach der Anteil der heimischen Landwirtschaft in der Lebensmittelwertschöpfungskette seit Jahren zurückgeht – von 20,2 Prozent im Jahr 2005 auf 17,5 Prozent 2019.

Und Moosbrugger hat noch weitere Zahlen parat: Während ein durchschnittlicher Haushalt vor 30 Jahren noch ein Drittel des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben habe, sind es heute nur noch zwölf Prozent. Daher brauche es dringend einen Systemwechsel. „Das derzeitige System führt in eine Sackgasse.“ Ab März soll es eine neue Ombudsstelle geben, an die sich Lieferanten anonym wenden können, um Missbrauch entlang der Wertschöpfungskette zu reduzieren. Für den Landwirtschaftsvertreter ein wichtiger erster Schritt.

Altvaterische Bauern und die „digitalste Fleischfabrik der Welt“

Für den Branchenexperten Andreas Kreutzer ist der Konflikt zwischen Landwirtschaft und den Handelsketten zuletzt von den Interessensvertretungen beider Seiten künstlich hochgepusht worden. Mit Ausnahme der Fleischverarbeitung gebe es kaum nennenswerte Reibungsflächen zwischen den beiden Seiten, man solle sich nicht immer gegenseitig den schwarzen Peter zuspielen. Ähnlich sieht das Christian Handl, Geschäftsführer von Handl Tyrol. „Da wird momentan sehr viel politisiert. Natürlich richtet es sich der Handel schon so, wie er es braucht. Ich habe aber nicht das Gefühl, dass er seine Marktmacht so ausnutzt, wie das oft dargestellt wird.“

Auch die heimische Landwirtschaft müsse sich weiterentwickeln, so der Tiroler Fleischverarbeiter. „Viele Bauern sind noch sehr altvaterisch unterwegs und in Sachen Innovation vor zwanzig Jahren stehen geblieben. Der Marktdruck wird weiter zunehmen, daran muss man sich eben anpassen.“ Handl passt sich mit seinem Unternehmen der Zeit konsequent an. 2018 baute er in Haiming in Tirol einen neuen Produktionsstandort, an dem Tiroler Speck vollautomatisiert produziert wird. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck bezeichnete den Standort einst als „digitalste Fleischfabrik der Welt“.

Der Speckproduzent, der im Vorjahr 8000 Tonnen AMA-zertifiziertes Fleisch verarbeitet hat und sowohl als Eigenmarke, aber auch für diverse Handelsmarken produziert, ist pragmatisch. Für das Vorgehen der Händler hat er Verständnis. „Die Stärke des österreichischen Handels ist, dass er auch viele lokal und regional produzierte Produkte aufnimmt. Das müsste er nicht, wir haben eine freie Marktwirtschaft.“ Deutsche Großbetriebe würden deutlich billiger produzieren, der österreichische Handel könnte sein Fleisch auch von dort beziehen.

Das Zauberwort heißt vertikale Integration

Die Handelsketten wollen die Vorproduktion immer mehr unter ihre eigenen Fittiche bekommen. Bei Spar startete dieser Prozess bereits in den 1960ern. Damals wurde in den Supermärkten noch kein Fleisch verkauft, dafür gab es in jedem Ort einen Fleischer. Man wollte es den Hausfrauen (damals waren das wohl noch überwiegend diese) einfacher machen, erzählt Spar-Sprecherin Nicole Berkmann. Sie sollten alles an einem Ort kaufen können. „Wir haben damals einen Fleischer gesucht, der bei uns Fleisch verkauft, aber keinen gefunden. Da haben wir es einfach in einer Filiale einmal selbst ausprobiert. Das war so erfolgreich, dass daraus im Lauf der Jahre die Tann-Produktionsbetriebe entstanden.“ Tann ist inzwischen der größte Fleisch- und Wurstproduzent in Österreich.

Im Herbst 2019 baute auch Konkurrent Billa im oberösterreichischen Eberstalzell auf 14.000 Quadratmetern ein eigenes Fleischverarbeitungswerk, das letztlich auch dem steirischen Produzenten Karl Schirnhöfer zum Verhängnis werden könnte. Dadurch, dass die Handelsketten zunehmend auch in der Vorproduktion Fuß fassen, verschwinden traditionelle Handwerksbetriebe allmählich von der Bildfläche. Das Fleischersterben ist genauso Realität wie seit einigen Jahren auch ein Bäckersterben. Kaum noch eine Supermarktfiliale hat heute keine eigene Aufbackstation, in der fertig zugelieferte Teiglinge aufgebacken werden. Viele kleine Bäcker mussten durch die übermächtige Konkurrenz schließen, auch größere Bäckereiketten spüren den Druck der Supermärkte. Es gibt hier aber auch eine Gegenbewegung. Vor allem im urbanen Raum sprießen seit wenigen Jahren exklusive Bäckereien aus dem Boden, die nur ein Premiumsegment bedienen und somit vom Preiskampf der Händler nicht betroffen sind.

Apropos Preiskampf. „Vor allem in Zeiten, in denen alles teurer wird, hat der Handel auch eine soziale Verantwortung“, sagt Christian Handl. Tatsächlich rühmen sich die großen Ketten damit, dass es ihnen zu verdanken sei, dass die gestiegenen Kosten allorts noch nicht so deutlich beim täglichen Einkauf aufschlagen würden. Bisher wurde nur vereinzelt an der Preisschraube gedreht. In Österreich ist die Inflation im Lebensmittelbereich 2021 mit 0,8 Prozent im Vergleich zu anderen Ländern sehr verhalten ausgefallen.

Die Lebensmittel dürften aber als Nächstes an der Reihe sein, prognostizieren die Ökonomen des Münchener Ifo-Instituts. Zwei Drittel der Hersteller planen demnach, in den kommenden Monaten die Preise anzuheben. Das sei höchst an der Zeit, sind sich Landwirte und verarbeitende Industrie einig: Die Handelsketten müssten die höheren Kosten ihrer Lieferanten an die Endkunden weitergeben oder zumindest damit aufhören, die Preise mitten in einer Phase von allgemein hoher Inflation mit ständigen Rabattaktionen weiter nach unten zu drücken, sagt Günter Thumser, Chef des Markenartikelverbandes. „Mit aller Gewalt die Preise zu drücken, ist zu kurz gedacht. Es geht auch um Angebotsvielfalt. Wenn der Handel so weitermacht, nähern wir uns den Einheitsregalen.“

Anonyme Beschwerden bei Wettbewerbshütern

Auch für Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Lebensmittelindustrie, ist klar, dass der Handel den einheimischen Erzeugern im Sinn eines funktionierenden Wirtschaftsstandortes entgegenkommen muss. „Lebensmittel zählen in Europa zu den am strengsten regulierten Waren. Nirgends gibt es so hohe Standards wie bei uns. Durch den Green Deal kommen weitere Belastungen dazu. Man muss sich überlegen, wie viel Belastung und Kosten wir uns für den Produktionsstandort Österreich noch leisten können.“ Die Industrie müsse ohnehin knapp kalkulieren, könne aber nicht alles schlucken.

Nirgendwo sonst in Europa ist die Marktkonzentration im Lebensmittelhandel so hoch wie in Österreich. Spar, Rewe und Hofer teilen den Markt fast ausschließlich unter sich auf. Die Wettbewerbshüter hätten hier längst eingreifen müssen, heißt es von Bauern und der verarbeitenden Industrie unisono. Die Bundeswettbewerbsbehörde beobachtet die Konzentration im Lebensmittelhandel genau. Man sei hier sehr wachsam, viele Beschwerden über „unfaire Praktiken“ seien kartellrechtlich aber schwer zu fassen, weil meist kein Missbrauch im engeren Sinn vorliegt. Viele der betroffenen Unternehmen wollen mit ihren Beschwerden anonym bleiben, was die Ermittlungen erschwere. Bereits 2012 bis 2016 kam es in diesem Sektor zu einigen Hausdurchsuchungen, die Geldstrafen von insgesamt rund 80 Mio. Euro nach sich zogen. Eines scheint angesichts der aktuellen Spannungen garantiert: Das Thema wird die Wettbewerbshüter weiterhin auf Trab halten.

In Zahlen

93 Prozent

des österreichischen Lebensmittelmarktes konzentrieren sich auf vier Ketten: Spar, Rewe, Hofer und Lidl.

17,5 Prozent

So hoch ist der Anteil der heimischen Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette von Lebensmitteln.

2005 lag dieser Wert noch bei 20,2 Prozent.

<https://www.diepresse.com/6101579/wie-die-handelsriesen-ihre-marktmacht-weiter-ausbauen-wollen>

Österreich vom 24.2.2022

Ärger: »Produkte würden schlechter wirken, als sie sind«

Österreichs Lebensmittel-Hersteller gegen EU-Score

Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden besser ab als natürliche, so die Kritik.

Wien. Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

Ampel-System. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches Sys-

tem zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

Kritik der WKÖ. „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Le-

bensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, im Magazin *profil*. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist nicht zutreffend.“

Berglandmilch dagegen.

Auch die oberösterreichische Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, klagt: „Das wird nur für Verwirrung sorgen,



Rot, Orange, Gelb, Hellgrün, Grün – fünf Stufen im EU-Score.

das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in WKÖ-Gremien. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch. Kritiker sind auch

französische und italienische Produzenten: Hochverarbeitete Produkte wie Fertiggerichte seien im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Getty, APA, Hersteller

Kleine Zeitung Steiermark vom 23.2.2022

RUSSLAND-EXPORTE

Was blieb von den letzten Sanktionen?

Schon seit 2014 treffen Russland-Sanktionen heimische Bauern. Mit der neuen Eskalation beginnt für sie wieder das Zittern.

Fallen die Worte „Russland“ und „Sanktionen“ in einem Satz, wird auch die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelbranche hellhörig. Denn egal, welche Maßnahmen die westlichen Staaten wegen der Ukraine-Eskalation gegen Russland verhängen werden: „Der Lebensmittelsektor reagiert im-

mer sensibel bei politischen Streitereien“, sagt Josef Domschitz vom Fachverband der Lebensmittelindustrie, „weil es sich meist um verderbliche Ware handelt und Sanktionen oder Strafzölle im Endeffekt immer die Konsumenten treffen.“

Er spricht – wie viele heimische Bauern – aus Erfahrung.



Denn unmittelbar, nachdem die EU-Länder 2014, nach der Krim-Besetzung und dem Abschuss eines malaysischen Flugzeugs in der Ostukraine, Sanktionen gegen Russland verhängt hatten, „revanchierte“ sich Präsident Wladimir Putin mit Importstopps für Milch- und Fleischprodukte sowie Obst aus allen EU-Ländern. „Diese Sanktionen wurden seither jährlich verlängert und die russische Gegenreaktion folgte stets auf dem Fuß“, schildert Domschitz.

Tatsächlich weist die AMA-Exportstatistik etwa bei Fleisch einen Totaleinbruch von knapp 50 Millionen 2013 auf exakt Null seit 2015 aus. Bei Milchprodukten fielen die Exporte von 14 Millionen 2013 auf nunmehr minimale Mengen (laktosefreier Käse). Ganz speziell hat es die

steirischen Apfelbauern getroffen, erzählt Manfred Kohlfürst, Obmann der Erwerbsobstbauern. Zwar wurden vor den Sanktionen v. a. grüne Golden-Äpfel nach Russland exportiert (Exportwert zwischen ein und vier Millionen Euro pro Jahr), „doch noch mehr wehtaten uns die Verdrängungseffekte“, so Kohlfürst. So sah sich das Apfeland Polen (hier wird ein Drittel aller Äpfel der EU produziert) ab 2014 durch wegbrechende Russland-Exporte gezwungen, mit riesigen Mengen zu Billigpreisen den europäischen Markt zu fluten. „Das machte auch bei uns die Preise zunichte.“

Derartige indirekte Effekte waren laut Domschitz auch bei Fleisch und Milch zu spüren. Dennoch liefen die Geschäfte zwischen Österreich und Russland zuletzt wieder munter wei-

ter. Und zwar so, dass man 2021 laut vorläufigen AMA-Zahlen mit 238 Millionen Euro bereits wieder das Agrarexport-Niveau von 2013 – dem letzten Jahr vor den Sanktionen – erreicht hat. Nur sind es nun nicht heimische Milch, Fleisch und Äpfel, auf die die Russen Appetit haben, sondern allen voran Produkte der Lebensmittelindustrie wie Gewürzzubereitungen, alkoholfreie Getränke (Red Bull schönt die Statistik) und Schokolade.

In vielen Bereichen setzt Russland nun auf Eigenproduktion. Riesige Plantagen wurden gepflanzt, Milch- und Fleischproduktion hochgefahren. Dafür lieferte Österreich 2021 lebende Zuchtziegen im Wert von einer Million nach Russland.

Sowohl mit Russland, als auch mit der Ukraine gibt es laut



Manfred Kohlfürst LK/DANNER



238

Millionen Euro – so hoch ist 2021 der Wert agrarischer Exporte Österreichs nach Russland. 2013 waren es 237 Millionen, mit den Sanktionen 2014 sackten die Exporte kurzfristig auf 117 Millionen (2015) ab.

8,95

Millionen Euro betrug der Wert von Agrarimporten aus Russland in den ersten neun Monaten 2021. Exportwert im gleichen Zeitraum: 189 Millionen.

63

Millionen Euro betrug der Wert unserer Agrar-Importe aus der Ukraine von Jänner bis September 2021 (vor allem Tiefkühl-Beeren, Fruchtkonzentrat und Soja). Agrar-Exportwert im gleichen Zeitraum: 56,8 Millionen.

Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger „gut funktionierende Beziehungen“, die durch weitere „Sanktionen erheblich gestört“ würden. So ist die Ukraine wichtig für das Hochfahren der europäischen Soja-Produktion, um Übersee-Importe aus den Tropen endlich zu reduzieren. **Ulrich Dunst**

Fleisch & Co online vom 21.2.2022

WKO gegen EU- Pläne für Nährwertkennzeichnung

Der „Nutri-Score“ soll für mehr Transparenz am Supermarktregal sorgen – „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, sagt dazu die Wirtschaftskammer.



Fleisch & Co – die österreichische Fleischerzeitung – vor 20 Stunden 0 31 1 Minute Lesezeit



Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zu „Nutri-Score“ vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Produkte werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet. Im Supermarkt können Konsument:innen so auf einen Blick erkennen, wie ausgewogen ein Lebensmittel ist.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch.

Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“.

<https://fleischundco.at/info-politik/wko-gegen-eu-plaene-fuer-naehrwertkennzeichnung>



Die EU-Kommission plant ein neues Kennzeichnungssystem für Lebensmittel.

Foto: Imago

Streit um Kennzeichnung von Lebensmitteln

Wien – Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich heftig gegen das von der EU-Kommission geplante „Nutri-Score“-System, berichtet das Nachrichtenmagazin *profil* in seiner aktuellen Ausgabe.

„Nutri-Score“ ist ein System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln, das für Konsumenten leicht verständlich sein soll. Dafür soll es – ähnlich dem Schulnotensystem – fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ geben. Doch längst steigen viele Hersteller auf die Barrikaden. „Wir wollen nicht, dass Le-

bensmittel diskriminiert werden“, so Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer (WK). Rot sei traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel wäre schlicht nicht zutreffend.

Auch von der Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der WK. „Denn hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während

unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so die Berglandmilch. Demnach seien Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern könne, sodass eine bessere Bewertung herauskomme. Bei einfachen Produkten sei dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert indessen eine möglichst schnelle Einführung des „Nutri-Score“ in Österreich – und dies unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozedere auf EU-Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner. (TT)

Tiroler Tageszeitung online vom 20.2.2022

„Nutri-Score“-System: Streit um Kennzeichnung von Lebensmitteln



Die EU-Kommission plant ein neues Kennzeichnungssystem für Lebensmittel. © imago

Wien – Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich heftig gegen das von der EU-Kommission geplante „Nutri-Score“-System, berichtet das Nachrichtenmagazin *profil* in seiner aktuellen Ausgabe.

„Nutri-Score“ ist ein System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln, das für Konsumenten leicht verständlich sein soll. Dafür soll es – ähnlich dem Schulnotensystem – fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ geben. Doch längst steigen viele Hersteller auf die Barrikaden. „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, so Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer (WK). Rot sei traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel wäre schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der WK. „Denn hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so die Berglandmilch. Demnach seien Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern könne, sodass eine bessere Bewertung herauskomme. Bei einfachen Produkten sei dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert indessen eine möglichst schnelle Einführung des „Nutri-Score“ in Österreich – und dies unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozedere auf EU-Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner. (TT)

<https://www.tt.com/artikel/30813589/nutri-score-system-streit-um-kennzeichnung-von-lebensmitteln>

Die Presse vom 20.2.2022

Wie die Handelsriesen ihre Marktmacht weiter ausbauen wollen

Die jährlichen **Preisverhandlungen** zwischen Supermarktketten und Lebensmittelproduzenten wurden zuletzt wieder härter geführt. Der enorme Preisdruck fordert immer mehr Bauernopfer. Auch das Bäcker- und Fleischersterben ist der wachsenden Marktmacht des Handels geschuldet. Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie rufen nach Hilfe, die Wettbewerbschüter stehen bereit.

VON DAVID FREUDENTHALER

So mancher Lebensmittelproduzent soll in den ersten Herbsttagen schlecht schlafen. Dann starten für gewöhnlich die sogenannten Jahresgespräche mit den Einkäufern der großen Handelsketten. Zweimal im Jahr holte er seine genagelten Holzschuhe aus der Truhe, erzählt ein ehemaliger Verkaufsmanager eines großen österreichischen Lebensmittelproduzenten. Einmal fährt er damit in die Spar-Zentrale nach Salzburg und einmal nach Wiener Neudorf südlich von Wien, wo Rewe Österreich sein Hauptbüro hat. Den Rest des Jahres verbrachten seine teuersten Schuhe in der Truhe, bei den gefürchteten Preisgesprächen mit den Handelsvorständen musste aber alles genau sitzen.

Bei den Preisverhandlungen zwischen Produzenten und Händlern wird der Ton rauer.

In vielen Fällen arten die Gespräche in langwierige Verhandlungen aus, in denen sich beide Seiten nichts schenken. Dabei soll es schon mehr als einmal zu wechselseitigen Schreiduellen gekommen sein, erzählt die „Presse am Sonntag“. Auch so manche Träne soll bei den harten Verhandlungen schon geflossen sein. Für beide Seiten geht es um viel. Bei den Gesprächen wird vereinbart, zu welchen Konditionen die Landwirte und Lebensmittelverarbeiter ihre Waren an die Handelsketten verkaufen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bestimmt meist, ob das kommende Geschäftsjahr ein Erfolg wird oder eben nicht. In der Regel gehen die Handelsvertreter als Gewinner aus diesem Gespräch. Durch die hohe Marktkonzentration haben sie eine große Verhandlungsmacht, die sie zu nutzen wissen. Den Zulieferern bleibt oft gar nichts anderes übrig, als klein beizugeben. Oder man wird aus dem Sortiment ausgelistet, was für die oft kleinstrukturierten Betriebe noch schmerzlicher ist. Immer mehr Erzeuger müssen diese Erfahrung machen.

„Die Gespräche mit den Handelsketten haben sich in den vergangenen Jahren auf jeden Fall verschärft“, sagt Wurstproduzent Hermann Neuburger. „Wir sind ganz sicher nicht irgendein Erzeuger, der völlig austauschbar wäre“, sagt der oberösterreichische Fleischer, der sich seit einigen Jahren auch an vegetarischen Produkten versucht, selbstbewusst. Trotzdem weiß er: „Der Handel kann auch ohne Neuburger leben, umgekehrt wird das schon schwieriger.“ Das musste der Geschäftsmann schon einmal am eigenen Leib erleben. Da Billa die durch Mehrkosten entstandene notwendige Preiserhöhung nicht ausbezahlen wollte, musste der Wursthändler die Lieferungen an einen seiner wichtigsten Abnehmer 2004 einstellen. Nach zwei Jahren konnte er sich mit der Handelskette wieder einigen, seither findet sich Neuburger wieder in jeder Wursttheke.

Zwar würden sich Supermärkte durch etablierte Marken wie Neuburger vom Sortiment der Diskonter bewusst abheben, „die Margen steigen in der Branche aber schon lang nicht

mehr“, weiß der Geschäftsmann. „Dafür sorgt schon der Handel.“

Das Geschäft ist beinhardt. Wer den Regeln der Händler nicht folgt, wird ausgelistet. „Schwache Markenartikler wurden in den vergangenen Jahren sukzessive aus den Sortimenten geworfen“, sagt Handelsexperte Andreas Kreutzer, Chef der Marktbeobachtungsfirma Branchenradar (siehe Interview rechts). Vor allem kleinere Produzenten könnten den oft wenig kompromissbereiten Verhandlern der Handelsketten kaum etwas entgegensetzen. Der Profit steht im Vordergrund, wer zu viel verlangt, verliert seinen Platz in den Regalen.

Wirtschaftliche Morddrohung. Bei den jährlichen Preisverhandlungen zwischen Händlern und Zulieferern geht es mitunter auch um Existenzen. Um die seine fürchtet gerade der steirische Fleischproduzent Karl Schirnhofer. Der Fleischereibetrieb warf Billa „erpresserische Methoden“ vor. Vorausgegangen war ein monatelanger Streit um Almochenfleisch, das der Fleischer verarbeitet, bevor es in den Regalen der Supermarktkette landet. Er werde preislös „enorm unter Druck gesetzt“ und es werde versucht, ihm einen Teil des Geschäfts wegzunehmen, so der Unternehmer. Zuletzt war ein Fünftel seiner Fleischmenge für Rewe reserviert. Der aktuelle Preiskampf mit dem umgleich größeren Handelskonzern könnte dem Betrieb nun aber zum Verhängnis werden.

Der Streit eskalierte Ende Jänner. Schirnhofer fühlte sich bei Verhandlungen massiv unter Druck gesetzt und sprach von „wirtschaftlicher Morddrohung“. Nach einigen unschönen an die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten zwischen Schirnhofer und einer Rewe-Einkäuferin hat der Handelskonzern eine Unterlassungsaufforderung wegen kredit- und rufschädigenden Verhaltens gegen den Fleischproduzenten eingebracht. Dieser wollte seine Äußerungen rund um den Vorwurf der Erpressung nicht zurückziehen und ließ eine entsprechende Frist Ende Jänner auslaufen. Mit der „Presse am Sonntag“ wollte Karl Schirnhofer darüber nicht sprechen – ein Indiz dafür, wie heikel seine Situation ist.

Der Fall des steirischen Verarbeiters könnte die seit Monaten aufgeheizte Stimmung zwischen Händlern und Produzenten kaum besser illustrieren. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) rückt regelmäßig öffentlich aus, um gegen die „unfairen Geschäftspraktiken“ der Handelsketten zu wettern. Sie spricht von einem „schizophrenen und absurden“ System, das landwirtschaftliche Betriebe unter Druck setze und enden müsse. Zwischen ihrer Position und jener von Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger geht bei diesem Thema keine Kuhhaut. „Die Händler wollen den letzten Cent aus den Bauern herauspressen. Immer nur das Billigste zu kaufen, egal, wo es herkommt, vernichtet unsere Landwirtschaft aber langfristig.“ Der Voralberger ist Verfechter einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung, da für importierte Waren nicht so hohe Standards



In der Fleisch- und Wurstproduktion krachen Händler und Produzenten besonders hart aneinander. Die

gelten würden wie für einheimische Produktionen. Er verweist auf eine Wifo-Studie aus dem Herbst, wonach der Anteil der heimischen Landwirtschaft in der Lebensmittelwertschöpfungskette seit Jahren zurückgeht – von 20,2 Prozent im Jahr 2005 auf 17,5 Prozent 2019. Und Moosbrugger hat noch weitere Zahlen parat: Während ein durchschnittlicher Haushalt vor 30 Jahren noch ein Drittel des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben habe, sind es heute nur noch zwölf Prozent. Daher brauche es dringend einen Systemwechsel. „Das derzeitige System führt in eine Sackgasse.“ Ab März soll es eine neue Ombudsstelle geben, an die sich Lieferanten anonym wenden können, um Missbrauch entlang der Wertschöpfungskette zu reduzieren. Für den Landwirtschaftsvertreter ein wichtiger erster Schritt.

Bei der Fleischverarbeitung macht der Handel seinen Zulieferern Anteile streitig.

Für den Branchenexperten Andreas Kreutzer ist der Konflikt zwischen Landwirtschaft und den Handelsketten zuletzt von den Interessensvertretungen beider Seiten künstlich hochgepusht worden. Mit Ausnahme der Fleischverarbeitung gebe es kaum nennenswerte Reibungsflächen zwischen den beiden Seiten, man solle sich nicht immer gegenseitig den schwarzen Peter zuspielen. Ähnlich sieht das Christian Handl, Geschäftsführer von Handl Tyrol. „Da wird momentan sehr viel politisiert. Natürlich richtet es sich der Handel schon so, wie er es braucht. Ich habe aber nicht das Gefühl, dass er seine Marktmacht so ausnutzt, wie das oft dargestellt wird.“ Auch die heimische Landwirtschaft müsse sich weiterentwickeln, so der Tiroler Fleischverarbeiter. „Viele Bauern sind noch sehr altväterisch unterwegs und in Sachen Innovation vor zwanzig Jahren stehen geblieben. Der Marktdruck wird weiter zunehmen, daran

muss man sich eben anpassen.“ Handl passt sich mit seinem Unternehmen der Zeit konsequent an. 2018 baute er in Haiming in Tirol einen neuen Produktionsstandort, an dem Tiroler Speck vollautomatisiert produziert wird. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck bezeichnete den Standort einst als „digitalste Fleischfabrik der Welt“.

Der Speckproduzent, der im Vorjahr 8000 Tonnen AMA-zertifiziertes Fleisch verarbeitet hat und sowohl als Eigenmarke, aber auch für diverse Handelsmarken produziert, ist pragmatisch. Für das Vorgehen der Händler hat er Verständnis. „Die Stärke des österreichischen Handels ist, dass er auch viele lokal und regional produzierte Produkte aufnimmt. Das müsste er nicht, wir haben eine freie Marktwirtschaft.“ Deutsche Großbetriebe würden deutlich billiger produzieren, der österreichische Handel könnte sein Fleisch auch von dort beziehen.

Vertikale Integration. Die Handelsketten wollen die Vorproduktion immer mehr unter ihre eigenen Fittiche bekommen. Bei Spar startete dieser Prozess bereits in den 1960ern. Damals wurde in den Supermärkten noch kein Fleisch verkauft, dafür gab es in jedem Ort einen Fleischer. Man wollte es den Hausfrauen (damals waren das wohl noch überwiegend diese) einfacher machen, erzählt Spar-Sprecherin Nicole Berkmann. Sie sollten alles an einem Ort kaufen können. „Wir haben damals einen Fleischer gesucht, der bei uns Fleisch verkauft, aber keinen gefunden. Da haben wir es einfach in einer Filiale einmal selbst ausprobiert. Das war so erfolgreich, dass daraus im Lauf der Jahre die Tann-Produktionsbetriebe entstanden.“ Tann ist inzwischen der größte Fleisch- und Wurstproduzent in Österreich.

Im Herbst 2019 baute auch Konkurrent Billa im oberösterreichischen Eberstalzell auf 14.000 Quadratmetern ein eigenes Fleischverarbeitungs- und Wurstwerk, das letztlich auch dem steirischen Produzenten Karl Schirnhofer zum Ver-





Handelsketten steigen immer öfter selbst in die Verarbeitung ein.

iStockphoto.com/500px Plus

hängnis werden könnte. Dadurch, dass die Handelsketten zunehmend auch in der Vorproduktion Fuß fassen, verschwinden traditionelle Handwerksbetriebe allmählich von der Bildfläche. Das Fleischersterben ist genauso Realität wie seit einigen Jahren auch ein Bäckersterben. Kaum noch eine Supermarktfiliale hat heute keine eigene Aufbackstation, in der fertig zugefertigte Teiglinge aufgebakken werden. Viele kleine Bäcker mussten durch die übermächtige Konkurrenz schließen, auch größere Bäckereiketten spüren den Druck der Supermärkte. Es gibt hier aber auch eine Gegenbewegung. Vor allem im urbanen Raum sprießen seit wenigen Jahren exklusive Bäckereien aus dem Boden, die nur ein Premiumsegment bedienen und somit vom Preiskampf der Händler nicht betroffen sind.

Apropos Preiskampf. „Vor allem in Zeiten, in denen alles teurer wird, hat der Handel auch eine soziale Verantwortung“, sagt Christian Handl. Tatsächlich rühmen sich die großen Ketten damit, dass es ihnen zu verdanken sei, dass die gestiegenen Kosten allerorts noch nicht so deutlich beim täglichen Einkauf aufschlagen würden. Bisher wurde nur vereinzelt an der Preisschraube gedreht. In Österreich ist die Inflation im Lebensmittelbereich 2021 mit 0,8 Prozent im Vergleich zu anderen Ländern sehr verhalten ausgefallen. Die Lebensmittel dürften aber als Nächstes an der Reihe sein, prognostizieren die Ökonomen des Münchener Ifo-Instituts. Zwei Drittel der Hersteller planen demnach, in den kommenden Monaten die Preise anzuhäufen. Das sei höchst an der Zeit, sind sich Landwirte und verarbeitende Industrie einig: Die Handelsketten müssten die höheren Kosten ihrer Lieferanten an die Endkunden weitergeben oder zumindest damit aufhören, die Preise mitten in einer Phase von allgemein hoher Inflation mit ständigen Rabattaktionen weiter nach unten zu drücken, sagt Günter Thumser, Chef des Markenartikelverbandes. „Mit aller Gewalt die Preise zu

drücken, ist zu kurz gedacht. Es geht auch um Angebotsvielfalt. Wenn der Handel so weitermacht, nähern wir uns den Einheitsregalen.“

Auch für Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Lebensmittelindustrie, ist klar, dass der Handel den einheimischen Erzeugern im Sinn eines funktionierenden Wirtschaftsstandortes entgegenkommen muss. „Lebensmittel zählen in Europa zu den am strengsten regulierten Waren. Nirgends gibt es so hohe Standards wie bei uns. Durch den Green Deal kommen weitere Belastungen dazu. Man muss sich überlegen, wie viel Belastung und Kosten wir uns für den Produktionsstandort Österreich noch leisten können.“ Die Industrie müsse ohnehin knapp kalkulieren, könne aber nicht alles schlucken.

Viele Unternehmen wollen mit Beschwerden über »unfaire Praktiken« anonym bleiben.

Nirgendwo sonst in Europa ist die Marktkonzentration im Lebensmittelhandel so hoch wie in Österreich. Spar, Rewe und Hofer teilen den Markt fast ausschließlich unter sich auf. Die Wettbewerbsbehörden hätten hier längst eingreifen müssen, heißt es von Bauern und der verarbeitenden Industrie unisono. Die Bundeswettbewerbsbehörde beobachtet die Konzentration im Lebensmittelhandel genau. Man sei hier sehr wachsam, viele Beschwerden über »unfaire Praktiken« seien kartellrechtlich aber schwer zu fassen, weil meist kein Missbrauch im engeren Sinn vorliegt. Viele der betroffenen Unternehmen wollen mit ihren Beschwerden anonym bleiben, was die Ermittlungen erschwere. Bereits 2012 bis 2016 kam es in diesem Sektor zu einigen Hausdurchsuchungen, die Geldstrafen von insgesamt rund 80 Mio. Euro nach sich zogen. Eines scheint angesichts der aktuellen Spannungen garantiert: Das Thema wird die Wettbewerbsbehörden weiterhin auf Trab halten. ■

»Die hohe Marktkonzentration ist Garant für billige Preise«

Profiteur der Marktmacht der Händler sind vor allem die Konsumenten, sagt Branchenexperte **Andreas Kreutzer**.

➔ VON DAVID FREUDENTHALER

Lebensmittelproduzenten stöhnen aktuell unter den hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Sie müssen die Preise dem Handel weitergeben, sonst können sie ihre Kosten nicht mehr decken. Werden wir für Lebensmittel bald mehr zahlen müssen?

Andreas Kreutzer: Viele Rohstoffe sind deutlich teurer geworden. Das sehen wir etwa bei Getreide und Weizen mit einem Plus von 70 Prozent. Solche Kostensprünge kann der Handel nicht einfach wegstecken, da wird es Preisanehebungen geben. In Summe ist der Lebensmittelhandel aber so etwas wie der Gatekeeper für die Konsumenten, was die Preise betrifft. Die hohe Marktkonzentration ist Garant dafür, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern relativ günstig einkaufen können.

Den Preis dafür zahlen dann aber die Bauern und Produzenten, die auf den höheren Kosten sitzen bleiben.

Der Konflikt zwischen Landwirtschaft und den Handelsketten wird von den Interessensvertretern hochgepusht. Tatsächlich treffen die beiden Seiten nur selten direkt aufeinander. Bei der Milch sind die Molkereien dazwischengeschaltet. Auch bei Obst und Gemüse sind für den Handel nur die Abpacker wirklich relevant. Echte Reibungsfläche gibt es vor allem beim Fleisch, und auch da gibt es Schlachthöfe und verarbeitende Betriebe dazwischen. Aber wenn sich die Bauern über zu niedrige Milchpreise beschweren, müssen sie das bei den Molkereien tun und nicht bei den Händlern. Das erinnert mich an die „Fridays for Future“-Proteste. Die jungen Leute demonstrieren vor allem in Europa, die EU verursacht aber nur acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Eigentlich sollten sie in den USA oder in China demonstrieren, wo es wirklich viel zu tun gäbe.

Wie stark hängt der Preis für Agrarprodukte von Angebot und Nachfrage ab?

Sie reagieren darauf sehr stark. Der Weizenpreis ist zuletzt stark gestiegen, weil es eine erhöhte Nachfrage aus dem Ausland gegeben hat. Die Kaffeepreise steigen bei uns gerade, weil die Ernte in Brasilien schlecht ist. Die Landwirtschaft verkauft dorthin, wo sie den besten Preis bekommt. Wenn die Nachfrage nach Schweinen in China steigt, wandern die österreichischen Schweineherden eben nach China. Dann geht auch bei uns der Preis dafür auf.

Der Lebensmittelhandel war einer der größten Gewinner der Pandemie, hat in dieser Zeit gewaltige Umsatzsprünge gemacht.

Weder Spar noch Rewe verdienen sich eine goldene Nase. Die Gewinnmargen im Lebensmittelhandel liegen zwischen zwei und drei Prozent vom Umsatz. Der hohe Wettbewerbsdruck zwingt die Ketten, viel in ihr Filialnetz zu investieren. Es gibt hier also auch einen Qualitätswettbewerb. Kaum sonst wo sind die Supermärkte so modern und gut ausgestattet wie bei uns.

Die Marktkonzentration ist in Österreich so hoch wie sonst kaum wo. Die drei großen Ketten teilen fast den ganzen Markt untereinander auf. Ist das nicht problematisch?

Spar, Rewe und die Discounter Hofer und Lidl sind extrem dominant. Insgesamt beherrschen diese vier Ketten

den Markt zu 93 Prozent. Gegenüber den Produzenten hat das bestimmt auch Schattenseiten.

Wie ist das in anderen Handelsbereichen?

Bei den Drogerien ist die Konzentration ähnlich hoch. Bipa, DM und Müller kontrollieren über 90 Prozent. Auch im Elektro- und Möbelhandel sowie bei Baumärkten ist der Markt auf wenige Händler konzentriert.

Die Supermärkte setzen in ihren Werbespots stark auf biologische Produktion und Regionalität. Stimmt dieses Bild?

In den 90er- und 2000er-Jahren setzte die AMA voll auf biologische Produktion. Man erhoffte sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil, weil außerhalb Österreichs damals kaum jemand in dieser Qualität produzierte. Die anderen haben aber aufgeholt. Tatsächlich ist der Bioanteil in den Regalen heute sehr überschaubar. Bei Obst sind es 14, bei Gemüse zwanzig Prozent. Den höchsten Bioanteil haben wir bei Produkten, die importiert werden – bei Zitronen und Bananen mit 35 bis 40 Prozent. Bei Fleisch ist der Anteil ohnehin extrem gering. Eine biologische Produktion kann sich kaum wer leisten.

Also der Fokus auf die Region?

Genau, regional ist das neue Bio. Seit zehn Jahren heißt es in der Branche, man müsse bei der Herkunft stärker auf die Region setzen, das lässt sich besser verkaufen und erfordert keine zusätzlichen Auflagen wie bei der Bioproduktion. Das ist klassischer Ernährungsnationalismus, die Region ist die ultimative Formel dazu. Für manche regional stark verankerten Bauern öffnet das ganz neue Möglichkeiten.

Wie ist das Verhältnis des Handels zu internationalen Marken?

Vor allem jene Markenartikelhersteller, die Must-have-Brands verkaufen, haben große Verhandlungsmacht. Das sind Produkte, die man als Händler unbedingt haben muss, weil sie eine starke Marke sind. Theoretisch kann jeder Händler Coca-Cola aus seinem Sortiment auslisten. Die Folgen wären mittelfristig aber schwer abschätzbar.

Wie entwickeln sich die Eigenmarken?

Eigenmarken machen in Summe noch deutlich weniger als die Hälfte aller Produkte aus. Wir sehen aber den Trend, dass in den klassischen Supermärkten die Eigenmarken immer mehr und echte Markenartikel immer weniger werden. Gleichzeitig findet man bei Discontern auch immer mehr Markenartikel im Sortiment.

Supermärkte und Discounter werden im Sortiment also immer ähnlicher?

Das kann man so sagen. Neben den Eigenmarken können sich meist ohnehin nur ein, zwei Markenartikel halten. Schwache Markenartikel wurden in den vergangenen Jahren sukzessive aus den Sortimenten geworfen.

Ist der Markt zu stark reguliert?

Bei den Öffnungszeiten schon. Kirche und Gewerkschaften wollen das so. In anderen Branchen sind die Arbeitszeiten viel variabler. Nirgends ist das ein Problem, nur im Handel soll es eines sein. Wer soll das verstehen? ■

STECKBRIEF



Andreas Kreutzer ist Chef der Marktbeobachtungsplattform Branchenradar. Seit 1991 beobachtet und analysiert er in dieser Funktion die Handelsbranche im deutschsprachigen Raum und gilt als einer der fundiertesten Kenner der Branche.

iStockphoto.com/500px Plus

WIRTSCHAFT



Produkte im Nutri-Score-Test



Geschmacksfragen

„Nutri-Score“ heißt ein neues, transparentes System der Lebensmittelkennzeichnung, das in der EU verpflichtend werden soll. Was sagen Österreichs Nahrungsmittelhersteller dazu?

VON JOSEPH GEPP

Wie ausgewogen sind die Nährstoffe zum Beispiel einer Dose Erdäpfelgulasch der Marke Inzersdorfer? Um das zu erfahren, kann man das Kleingedruckte auf der Verpackung studieren, alle Angaben zu Zutaten und Nährstoffen. Doch die Informationen sind komplex. Die meisten Konsumenten bleiben ratlos zurück.

Nun will die EU-Kommission Abhilfe schaffen. Bis Ende dieses Jahres plant sie einen Gesetzesvorschlag. Er sieht ein neues, leicht verständliches System der Lebensmittelkennzeichnung in der ganzen EU verpflichtend vor, den sogenannten Nutri-Score. Entwickelt im Jahr 2017 in Frankreich und in einigen EU-Staaten bereits eingeführt, funktioniert der Nutri-Score nach einem Punktesystem.

Manche Nährstoffe (Eiweiß, Ballaststoffe) schneiden gut ab; andere (Salz, Zucker, gesättigte Fettsäuren) schlecht. Die Punkte je Nährstoff gießt ein Algorithmus in ein einfaches Ampel- und Buchstabensystem. Vom grünen A bis zum roten E soll der Konsument dann sogleich erkennen, wie hochwertig die Nährwerte eines Lebensmittels im Supermarkt sind. Es ist, wenn

man so will, wie in der Schule; das Spektrum reicht von „Sehr gut“ bis „Nicht genügend“.

Die Informationen hinter dem Nutri-Score sind zwar dieselben, die sich bereits heute auf jeder Verpackung finden. „Doch diese neue Form der Darstellung ist verständlich, simpel und nachvollziehbar aufbereitet“, lobt Heidi Porstner von Verein Foodwatch Österreich das geplante System.

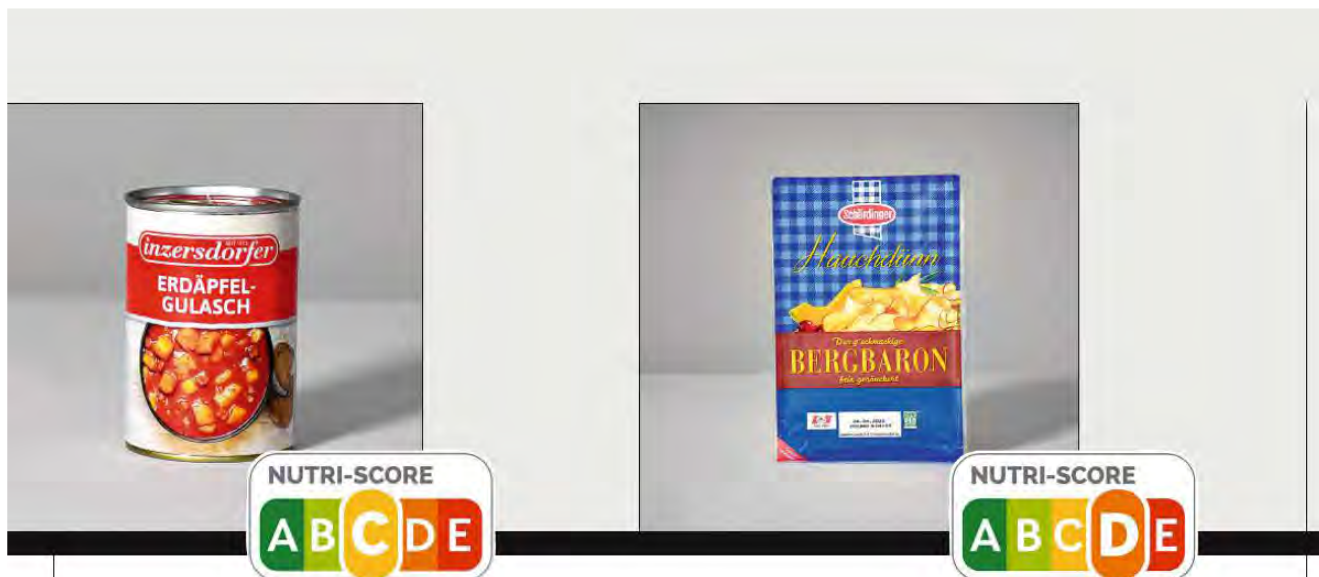
Dennoch gibt es in vielen Ländern Widerstand. Vor allem traditionelle Lebensmittel drohen im Nutri-Score schlecht abzuschneiden, fürchten Kritiker. Der französische Käsekonzern Lactalis beispielsweise, der unter anderem Roquefort und Camembert herstellt, wehrt sich wütend gegen die Reform. Genauso wie die italienische Lebensmittelindustrie. Deren Unternehmen fürchten schlechte Noten etwa für Mozzarella, Prosciutto und Tiramisu.

Einer der Kritikpunkte: Der Nutri-Score nimmt keine Rücksicht auf die Menge des konsumierten Essens. Die meisten Leute genießen wohl nur wenige Scheiben Prosciutto, dennoch wäre das Nutri-Score-La-

bel tiefrot. Und noch ein kritischer Aspekt: Hochverarbeitete Lebensmittel – etwa Fertiggerichte oder unzählige Varianten Cornflakes – sind beim Nutri-Score-System tendenziell bevorzugt im Vergleich zu einfacher und traditioneller Nahrung. Der Grund ist, dass beim hochverarbeiteten Produkt der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt, beispielsweise durch den stärkeren Einsatz künstlicher Süßstoffe statt Zucker. Bei Roquefort und Ähnlichem hingegen gehen derlei Tricks nicht. „Der Nutri-Score ist kein Allheilmittel“, sagt dazu Foodwatch-Expertin Porstner. „Er ist eines von vielen Werkzeugen, die es für Konsumentinnen leichter machen, sich ausgewogen zu ernähren.“

In Österreich jedenfalls ist die Nutri-Score-Debatte bislang kaum angekommen. Auf manchen Lebensmitteln ausländischer Herkunft – zum Beispiel von Nestlé und Danone – findet sich das Siegel zwar schon heute. Österreichische Hersteller jedoch dürfen es streng genommen noch gar nicht verwenden, selbst wenn sie es wollen (auch wenn es einzelne trotzdem bereits tun, wie die niederösterreichische NÖM). Denn der Einsatz des Nutri-Score in einem EU-Land erfordert bisher laut EU-Lebensmittelinformationsverordnung eine Notifizierung durch die EU, die für Österreich nicht vorliegt.

Wie aber würden Lebensmittel abschneiden, gäbe es den Nutri-Score in Österreich bereits? Profil hat Foodwatch gebeten, bei drei weitverbreiteten Produkten heimischer Provenienz den Nutri-Score zu



berechnen. Die Auswahl: die besagte Dose Erdäpfelgulasch der Marke Inzersdorfer, eine Packung Kelly's Chips und geräucherter Bergbaron-Käse der Marke „Schäringer“. Die Bilanz: mittelpärchtig.

Die Chips bekommen ein gelbes „C“ (übertragen ins Schulnotensystem ein „Befriedigend“) genauso wie das Gulasch. Der Käse landet dahinter auf dem orangenen D (siehe Bilder oben).

Anfrage bei Österreichs Lebensmittelherstellern. Wie stehen sie zur geplanten Reform? Am liebsten hätte man überhaupt kein Ampelsystem, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, ob es nun Nutri-Score heißt oder sonst wie. „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden.“ Denn: „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

In Staaten wie Großbritannien, wo es Ampelsysteme bei Nahrung schon länger gibt, sei ein Effekt auf die allgemeine Gesundheit nicht feststellbar, sagt Koßdorff, etwa bei der Anzahl der Übergewichtigen. „Deshalb wäre es besser, wenn man beispielsweise im Bildungssystem für mehr Ernährungswissen sorgt; das kann ja schon im Kindergarten beginnen. Überdies arbeitet die Lebensmittelindustrie auch ohne Siegel laufend an der Optimierung ihrer Produkte, etwa zur Kalorienreduktion“, so Koßdorff.

profil hat auch bei den drei österreichischen Unternehmen angefragt, deren Produkte hier bewertet sind: bei der oberöster-

reichischen Genossenschaft Berglandmilch („Schäringer“) sowie bei der Kelly GmbH und der Maresi GmbH („Inzersdorfer“) in Wien. Maresi reagierte nicht auf die profil-Anfrage; bei Berglandmilch und Kelly fielen die Antworten durchaus unterschiedlich aus.

Beim Chipshersteller sieht man die Causa „neutral“, wie Sprecherin Petra Trimmel sagt. „Die Gesellschaft hat ein Bedürfnis nach mehr Informationstransparenz bei Produkten. Das ist den Konsumenten wichtig, das müssen wir anerkennen.“ Dass die Chips im Nutri-Score eher im Mittelfeld zu liegen kommen, beunruhigt Trimmel nicht. „Chips und anderes Knabbergebäck sind Genussmittel, bei denen der Geschmack im Vordergrund steht.“

Durchaus entschiedener fällt die Reaktion bei Berglandmilch aus. „Wir verstehen die Kritik, die aus Italien und Frankreich kommt, und wir teilen sie“, so Sprecher Georg Lehner. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wir-

ken, als sie tatsächlich sind.“ Lehnners Beispiel: Cola-Zero komme wegen seines künstlichen Süßstoffs auf eine gute Note im Nutri-Score, während Bio-Schlagobers – „von dem man noch dazu nur eine kleine Menge verwendet“ – aufgrund des Fettgehalts eine schlechte Bewertung abbekommt. „Das wird nur für Verwirrung sorgen, das lehnen wir ab“, so Lehner. Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den zuständigen Gremien der Wirtschaftskammer.

Foodwatch-Expertin Heidi Porstner hält dagegen, dass der Nutri-Score vor allem bei Vergleichen innerhalb derselben Produktgruppe Sinn hat. „Käse mit Cola-Zero zu vergleichen, das bringt nichts. Aber wenn ich zum Beispiel im Supermarkt vor dem Joghurtregal stehe, kann ich mich bei der Auswahl am Nutri-Score orientieren. Dann erkenne ich schnell, welches Produkt das gesündere ist.“

Im Übrigen, fordert Porstner, sollte Österreich dem Beispiel anderer Länder folgen und den Nutri-Score möglichst schnell einführen – unabhängig von dem mitunter jahrelangen Procédere auf EU-Ebene.

Branchenkenner sind sich im profil-Gespräch einig: Zwar sei die genaue Ausgestaltung des bevorstehenden EU-Kennzeichnungssystems für Nahrungsmittel noch offen, aber kommen wird es wohl. Die Konsumenten würden es wollen; der Zug der Zeit gehe schlicht in diese Richtung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gibt es also im Supermarkt bald ein weiteres Label zu beachten. Diesmal hoffentlich ein verständliches. ■

„Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Katharina Koßdorff, Wirtschaftskammer

Profil online vom 19.2.2022



WIRTSCHAFT

02/19/2022

Lebensmittel im Test: Wie sinnvoll ist der Nutri-Score?

"Nutri-Score" heißt ein neues, transparentes System der Lebensmittelkennzeichnung, das in der EU verpflichtend werden soll. Was sagen Österreichs Nahrungsmittelhersteller dazu?

von Joseph Gepp



Wie ausgewogen sind die Nährstoffe zum Beispiel einer Dose Erdäpfelgulasch der Marke Inzersdorfer? Um das zu erfahren, kann man das Kleingedruckte auf der Verpackung studieren, alle Angaben zu Zutaten und Nährstoffen. Doch die Informationen sind komplex. Die meisten Konsumenten bleiben ratlos zurück.

Nun will die EU-Kommission Abhilfe schaffen. Bis Ende dieses Jahres plant sie einen Gesetzesvorschlag. Er sieht ein neues, leicht verständliches System der Lebensmittelkennzeichnung in der ganzen EU verpflichtend vor, den sogenannten Nutri-Score. Entwickelt im Jahr 2017 in Frankreich und in einigen EU-Staaten bereits eingeführt, funktioniert der Nutri-Score nach einem Punktesystem.

Manche Nährstoffe (Eiweiß, Ballaststoffe) schneiden gut ab; andere (Salz, Zucker, gesättigte Fettsäuren) schlecht. Die Punkte je Nährstoff gießt ein Algorithmus in ein einfaches Ampel- und Buchstabensystem. Vom grünen A bis zum roten E soll der Konsument dann sogleich erkennen, wie hochwertig die Nährwerte eines Lebensmittels im Supermarkt sind. Es ist, wenn man so will, wie in der Schule; das Spektrum reicht von "Sehr gut" bis "Nicht genügend".

Die Informationen hinter dem Nutri-Score sind zwar dieselben, die sich bereits heute auf jeder Verpackung finden. "Doch diese neue Form der Darstellung ist verständlich, simpel und nachvollziehbar aufbereitet", lobt Heidi Porstner von Verein Foodwatch Österreich das geplante System.

Dennoch gibt es in vielen Ländern Widerstand. Vor allem traditionelle Lebensmittel drohen im Nutri-Score schlecht abzuschneiden, fürchten Kritiker. Der französische Käsekonzern Lactalis beispielsweise, der unter anderem Roquefort und Camembert herstellt, wehrt sich wütend gegen die Reform. Genauso wie die italienische Lebensmittelindustrie. Deren Unternehmen fürchten schlechte Noten etwa für Mozzarella, Prosciutto und Tiramisu.

Einer der Kritikpunkte: Der Nutri-Score nimmt keine Rücksicht auf die Menge des konsumierten Essens. Die meisten Leute genießen wohl nur wenige Scheiben Prosciutto, dennoch wäre das Nutri-Score-Label tiefrot. Und noch ein kritischer Aspekt: Hochverarbeitete Lebensmittel - etwa Fertiggerichte oder unzählige Varianten Cornflakes - sind beim Nutri-Score-System tendenziell bevorzugt im Vergleich zu einfacher und traditioneller Nahrung. Der Grund ist, dass beim hochverarbeiteten Produkt der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt, beispielsweise durch den stärkeren Einsatz künstlicher Süßstoffe statt Zucker. Bei Roquefort und Ähnlichem hingegen gehen derlei Tricks nicht. "Der Nutri-Score ist kein Allheilmittel", sagt dazu Foodwatch-Expertin Porstner. "Er ist eines von vielen Werkzeugen, die es für Konsumentinnen leichter machen, sich ausgewogen zu ernähren."

In Österreich jedenfalls ist die Nutri-Score-Debatte bislang kaum angekommen. Auf manchen Lebensmitteln ausländischer Herkunft - zum Beispiel von Nestlé und Danone - findet sich das Siegel zwar schon heute. Österreichische Hersteller jedoch dürfen es streng genommen noch gar nicht verwenden, selbst wenn sie es wollen (auch wenn es einzelne trotzdem bereits tun, wie die niederösterreichische NÖM). Denn der Einsatz des Nutri-Score in einem EU-Land erfordert bisher laut EU-Lebensmittelinformationsverordnung eine Notifizierung durch die EU, die für Österreich nicht vorliegt.

Wie aber würden Lebensmittel abschneiden, gäbe es den Nutri-Score in Österreich bereits? profil hat Foodwatch gebeten, bei drei weitverbreiteten Produkten heimischer Provenienz den Nutri-Score zu berechnen. Die Auswahl: die besagte Dose Erdäpfelgulasch der Marke Inzersdorfer, eine Packung Kelly's Chips und geräucherter Bergbaron-Käse der Marke "Schärdinger". Die Bilanz: mittelprächtig.

Die Chips bekommen ein gelbes "C" (übertragen ins Schulnotensystem ein "Befriedigend") genauso wie das Gulasch. Der Käse landet dahinter auf dem orangenen D (siehe Bilder oben).



Die Auswahl: eine Dose Erdäpfelgulasch der Marke Inzersdorfer, eine Packung Kelly's Chips und geräucherter Bergbaron-Käse der Marke "Schärdinger" © Bild: profil

Anfrage bei Österreichs Lebensmittelherstellern. Wie stehen sie zur geplanten Reform? Am liebsten hätte man überhaupt kein Ampelsystem, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, ob es nun Nutri-Score heißt oder sonst wie. "Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden." Denn: "Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend."

In Staaten wie Großbritannien, wo es Ampelsysteme bei Nahrung schon länger gibt, sei ein Effekt auf die allgemeine Gesundheit nicht feststellbar, sagt Koßdorff, etwa bei der Anzahl der Übergewichtigen. "Deshalb wäre es besser, wenn man beispielsweise im Bildungssystem für mehr Ernährungswissen sorgt; das kann ja schon im Kindergarten beginnen. Überdies arbeitet die Lebensmittelindustrie auch ohne Siegel laufend an der Optimierung ihrer Produkte, etwa zur Kalorienreduktion", so Koßdorff.

profil hat auch bei den drei österreichischen Unternehmen angefragt, deren Produkte hier bewertet sind: bei der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch ("Schärdinger") sowie bei der Kelly GmbH und der Maresi GmbH ("Inzersdorfer") in Wien. Maresi reagierte nicht auf die profil-Anfrage; bei Berglandmilch und Kelly fielen die Antworten durchaus unterschiedlich aus.

Beim Chipshersteller sieht man die Causa "neutral", wie Sprecherin Petra Trimmel sagt. "Die Gesellschaft hat ein Bedürfnis nach mehr Informationstransparenz bei Produkten. Das ist den Konsumenten wichtig, das müssen wir anerkennen." Dass die Chips im Nutri-Score eher im Mittelfeld zu liegen kommen, beunruhigt Trimmel nicht. "Chips und anderes Knabbergebäck sind Genussmittel, bei denen der Geschmack im Vordergrund steht."

Durchaus entschiedener fällt die Reaktion bei Berglandmilch aus. "Wir verstehen die Kritik, die aus Italien und Frankreich kommt, und wir teilen sie", so Sprecher Georg Lehner. "Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken, als sie tatsächlich sind." Lehnerts Beispiel: Cola-Zero komme wegen seines künstlichen Süßstoffs auf eine gute Note im Nutri-Score, während Bio-Schlagobers - "von dem man noch dazu nur eine kleine Menge verwendet" - aufgrund des Fettgehalts eine schlechte Bewertung abbekommt. "Das wird nur für Verwirrung sorgen, das lehnen wir ab", so Lehner. Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den zuständigen Gremien der Wirtschaftskammer.

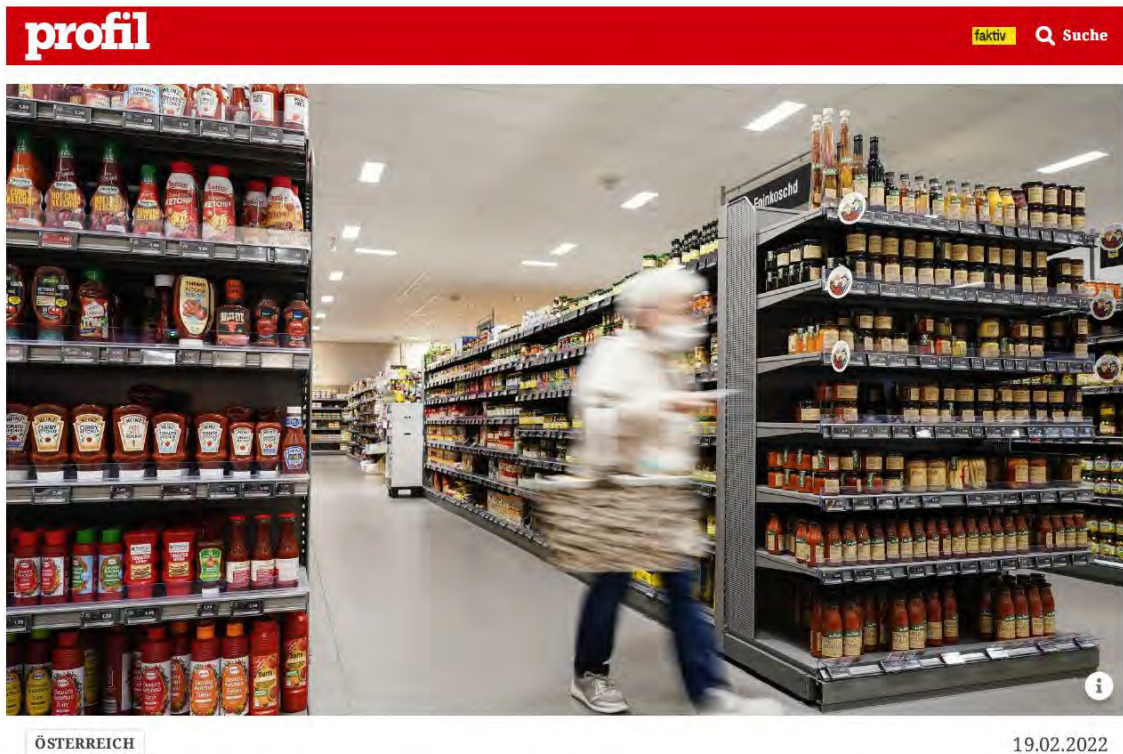
Foodwatch-Expertin Heidi Porstner hält dagegen, dass der Nutri-Score vor allem bei Vergleichen innerhalb derselben Produktgruppe Sinn hat. "Käse mit Cola-Zero zu vergleichen, das bringt nichts. Aber wenn ich zum Beispiel im Supermarkt vor dem Joghurtregal stehe, kann ich mich bei der Auswahl am Nutri-Score orientieren. Dann erkenne ich schnell, welches Produkt das gesündere ist."

Im Übrigen, fordert Porstner, sollte Österreich dem Beispiel anderer Länder folgen und den Nutri-Score möglichst schnell einführen - unabhängig von dem mitunter jahrelangen Procédere auf EU-Ebene.

Branchenkenner sind sich im profil-Gespräch einig: Zwar sei die genaue Ausgestaltung des bevorstehenden EU-Kennzeichnungssystems für Nahrungsmittel noch offen, aber kommen wird es wohl. Die Konsumenten würden es wollen; der Zug der Zeit gehe schlicht in diese Richtung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit gibt es also im Supermarkt bald ein weiteres Label zu beachten. Diesmal hoffentlich ein verständliches.

<https://www.profil.at/wirtschaft/oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung/401911093>

Profil online vom 19.2.2022



Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

Der „Nutri-Score“ soll für mehr Transparenz am Supermarktregal sorgen – „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, sagt dazu die Wirtschaftskammer.

Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch.

Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber profil – unabhängig von den mitunter jahrelangen Procederes auf EU-Ebene.

<https://www.profil.at/oesterreich/oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung/401911093>

OTS0005 vom 19.2.2022

OTS0005, 19. Feb. 2022, 08:00



„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

Der „Nutri-Score“ soll für mehr Transparenz am Supermarktregal sorgen - „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, sagt dazu die Wirtschaftskammer.

Wien (OTS) - Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch.

Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozederes auf EU-Ebene.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220219_OTS0005/profil-oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung

Top News online vom 19.2.2022

„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

von 19. Februar 2022 08:00 —  4

Der „Nutri-Score“ soll für mehr Transparenz am Supermarktregal sorgen – „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, sagt dazu die Wirtschaftskammer.

Wien (OTS) – Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch.

Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozederes auf EU-Ebene.

Profil Redaktion GmbH
E-Mail: online@profil.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. www.ots.at

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

<https://www.top-news.at/2022/02/19/profil-oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung/>

Börse Social Network online vom 19.2.2022

„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

19.02.2022

Wien (OTS) - Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch. Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozederes auf EU-Ebene.

https://www.boerse-social.com/2022/02/19/profil_osterreichs_lebensmittelproduzenten_wehren_sich_gegen_eu-plane_fur_nahrungsmittelkennzeichnung

Börse Express online vom 19.2.2022

„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

19.02.2022 | 08:00

Quelle: OTS Wirtschaft

Der „Nutri-Score“ soll für mehr Transparenz am Supermarktregal sorgen - „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, sagt dazu die Wirtschaftskammer.

Wien (OTS) - Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet.

„Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“

Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch.

Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich.

Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozederes auf EU-Ebene.

<https://www.boerse-express.com/news/articles/profil-oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung-420525>

Export Today vom 18.2.2022

Fokus

Streitpunkt Herkunftsbezeichnung

Lebensmittelindustrie fürchtet exporthemmende Hürden.

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher kluge und zu Ende gedachte Konzepte, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie dazu: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Ver-

braucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“ Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Die rund 200 Unternehmen erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über neun Milliarden Euro, der Großteil davon durch Export in über 180 Länder.

Ihre EXPORT today-Redaktion

www.dielebensmittel.at

MYCITY24 Wien online vom 18.2.2022

„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

Posted on 18. Februar 2022

 [Twittern](#) [Tweet](#)

Wien (OTS) – Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet. „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“ Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch. Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich. Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Prozederes auf EU-Ebene.

Profil Redaktion GmbH E-Mail: online@profil.at


OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. www.ots.at
(C) Copyright [APA-OTS Originaltext-Service GmbH](#) und der jeweilige Aussender.

<http://wien.mycity24.at/2022/02/profil-oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung/>

MYCITY24 Steiermark online vom 18.2.2022

„profil“: Österreichs Lebensmittelproduzenten wehren sich gegen EU-Pläne für Nahrungsmittelkennzeichnung

Posted on 18. Februar 2022

 Twittern

Wien (OTS) – Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, wehren sich Österreichs Lebensmittelproduzenten gegen das „Nutri-Score“-System, das auf EU-Ebene gerade geplant ist. Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu einen Gesetzesvorschlag vorlegen. Es handelt sich um ein neues, leicht verständliches System zur Kennzeichnung der nährstoffmäßigen Ausgewogenheit von Lebensmitteln. Sie werden – ähnlich dem Schulnotensystem – mit fünf Stufen vom grünen „A“ bis zum roten „E“ bewertet. „Wir wollen nicht, dass Lebensmittel diskriminiert werden“, erklärt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie der Wirtschaftskammer, gegenüber profil. „Rot ist traditionell die Farbe der Gefahr, und ein Gefahrensignal für Lebensmittel ist schlicht nicht zutreffend.“ Auch von der oberösterreichischen Genossenschaft Berglandmilch, die hinter der Marke „Schärdinger“ steht, heißt es: „Das wird nur für Verwirrung sorgen; das lehnen wir ab.“ Man werde sich gegen den Nutri-Score engagieren, etwa in den Gremien der Wirtschaftskammer. „Hochverarbeitete Lebensmittel schneiden im Nutri-Score toll ab, während unsere Produkte schlechter wirken würden, als sie es tatsächlich sind“, so Berglandmilch. Damit schließt sich das Unternehmen einer Kritik an, wie sie französische und italienische Produzenten seit längerem äußern. Demnach sind hochverarbeiteten Produkte wie Fertiggerichte im Nutri-Score-System bevorzugt, weil der Hersteller die Rezeptur geringfügig ändern kann, sodass eine bessere Bewertung herauskommt. Bei einfachen Produkten ist dies nicht möglich. Der Verein Foodwatch fordert unterdessen eine möglichst schnelle Einführung des Nutri-Score auf österreichischer Ebene, so Foodwatch-Expertin Heidi Porstner gegenüber „profil“ – unabhängig von den mitunter jahrelangen Procederes auf EU-Ebene.

Profil Redaktion GmbH E-Mail: online@profil.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS. www.ots.at
(C) Copyright [APA-OTS Originaltext-Service GmbH](#) und der jeweilige Aussender.

<http://stmk.mycity24.at/2022/02/profil-oesterreichs-lebensmittelproduzenten-wehren-sich-gegen-eu-plaene-fuer-nahrungsmittelkennzeichnung/>

NAHRUNGSMITTEL

Unterschiedliche Interessen

Die verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für Diskussionen. Österreichs Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, während die Industrie Kritik äußert.

Für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der heimischen Wirtschaft sorgt die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln. Österreichs Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

„Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen Konsumenten im wahrsten Sinne des Wortes nicht ‚wurst‘“, sagt Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic.

Auch Tierhaltung im Fokus

Anfang Februar hatte der Supermarktdiscounter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen „Haltungskompass“ vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molke-reisprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. „Die Angabe der Herkunft ist bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt und in der Praxis deklariert“, sagt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie und verweist darauf, dass die EU ohnehin bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Her-

kunftskennzeichnung vorlegen werde. „Das Landwirtschaftsministerium lässt das in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen“, so Koßdorff. Sie spricht von „bloßer Klientelpolitik“, um die Preise für heimische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation sei das der falsche Weg.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen.

EU-Schlupflöcher

Die Landwirtschaftskammer erklärt, es gebe Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatenverordnung. „So sind Markenlogos etwa von dieser Regelung ausgenommen. Hat somit etwa ein Wursthersteller Österreich-Fahne oder -Slogan im Markennamen oder -logo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben“, so LK-Präsident Josef Moosbrugger. Wo Österreich draufstehe, müsse auch österreichischer Rohstoff drinnen sein, das wäre durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der tierischen Primärzutaten gemäß Regierungsplänen klar geregelt. „Wenn ohnehin schon eine so umfassende Herkunftskennzeichnung in der EU bzw. in Österreich bestehe, „dann fragen wir uns schon, warum sich die Lebensmittelindustrie dann so vehement gegen die Regierungspläne wehrt“, so Moosbrugger. *rec*

Österreich vom 17.2.2022



Kenner, APA

Regio-Pickerl soll Lebensmittel- Herkunft zeigen

Auf der Alm:
Rindfleisch aus Österreich
soll mit dem Regio-Pickerl
klarer erkennbar sein.

Köstinger-Plan gefällt Bauern, Kritik der Wirte & WKÖ

Die Herkunftsbezeichnung bei Lebensmitteln gefällt Bauern und ärgert Wirte.

Wien. Die Landwirte sind für eine Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln, also ein sogenanntes „Regio-Pickerl“, auch der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen. Die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab. Die Markenartikelhersteller sowie die Lebensmittelindustrie sind kritisch.

Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere: „Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen

im wahrsten Sinne des Wortes nicht „wurst“, sagt Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic.

ÖVP und Grüne sind sich bei Umsetzung uneins

Hintergrund. Österreichs Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) will die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer umsetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

Die Lebensmittelindustrie verweist darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität

sei. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird“, kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie in der WKÖ.

EU will selbst in wenigen Monaten tätig werden

Brüssel. Die EU will bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen. Das bleibe unerwähnt, bemäkelte Koßdorff: „Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig.“ Sie spricht von „Klientelpolitik“, um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel „in Zeiten der Inflation“ in die Höhe zu treiben. Die Landwirtschafts-



Landwirtschaftsministerin Köstinger will Pickerl heuer.



Katharina Koßdorff (WKÖ) übt Kritik: „Klientelpolitik“.

kammer sieht Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatverordnung: „Hat ein Wursthersteller eine Österreich-Fahne im Markenlogo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben.“ Jetzt gibt es eine Diskussion für eine gemeinsame Lösung, damit das Regio-Pickerl noch 2022 an die Ware kommt.

Fleisch & Co online vom 16.2.2022

Info & Politik


Debatte um nationale Herkunftskennzeichnung

Laut jüngster Medienberichte wird die Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betrieben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einführen. Angesichts dieses Vorhabens gibt es nun Gegenreaktionen. Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie meint die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln sei längst Realität. Das unerwähnt zu lassen sei ein Polit-Manöver das den Standort Österreich gefährde.



Fleisch & Co – die österreichische Fleischerzeitung   · vor 21 Stunden  0  27  5 Minuten Lesezeit



 Die Debatte um die geplante Herkunftskennzeichnung geht in die nächste Runde.

Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie spricht sich gegen die geplante nationale Herkunftskennzeichnung für verpackte Lebensmittel aus: Das Landwirtschaftsministerium ließe in der öffentlichen Debatte die bereits gültige EU-Regelung unter den Tisch fallen.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzlich Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das sei allerdings nicht richtig meint Koßdorff und stellt so die geltende Rechtslage klar.

Nationale Herkunftskennzeichnung führe zu Preissteigerungen

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet.

Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor. „Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff.

Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu

Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in punkto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern – Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland – unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch).

Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen.

Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

Aussender: Fachverband der Lebensmittelindustrie

<https://fleischundco.at/info-politik/debatte-um-nationale-herkunftskennzeichnung>

news.wko.at vom 10.2.2022



Home > Branchennews > Industrie > Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

CORONAVIRUS
INFO-SERVICE FÜR BETRIEBE



Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

Koßdorff: Bei verpackten Lebensmitteln gibt es umfassende EU-Vorgaben und weitere folgen bereits im Herbst 2022 – nationale Polit-Manöver gefährden Standort Österreich

10.02.2022, 14:49



© WILKE

„Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten:

Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen

Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in puncto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern – Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland – unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

<https://news.wko.at/news/oesterreich/herkunftekennzeichnung-ist-laengst-realitaet.html>

Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

10.02.2022

Wien (OTS) - „Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel „Made in Austria“ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Zwtl.: Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten: Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Zwtl.: Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in puncto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Zwtl.: Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern – Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland - unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Zwtl.: Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstößes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich „besser“ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die „höhere“ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte „Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz“ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Zwtl.: Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Zwtl.: Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

https://www.boerse-social.com/2022/02/10/herkunftskennzeichnung_ist_langst_realitat

Top News online vom 10.2.2022

Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

von 10. Februar 2022 12:00

9

Koßdorff: Bei verpackten Lebensmitteln gibt es umfassende EU-Vorgaben und weitere folgen bereits im Herbst 2022 – nationale Polit-Manöver gefährden Standort Österreich

Wien (OTS) – „Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten:
Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in punkto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich

die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern -Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland – unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

Mag. Katharina Koßdorff

Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie

Tel.: +43 1 712 21 21 – 14

k.kossdorff@dielebensmittel.at

Food Business Consult

DI Oskar Wawschinek MAS MBA

Pressesprecher für den Fachverband der Lebensmittelindustrie

+43/664-5456350

office@foodbusiness.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. www.ots.at

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

<https://www.top-news.at/2022/02/10/herkunftskennzeichnung-ist-laengst-realitaet/>

Brandaktuell online vom 14.2.2022

Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

By Brandaktuell — On 10. Februar 2022



Wien (OTS) – „Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten:
Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutat eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in punkto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern -Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland – unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS.

www.ots.at

(C) Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender. Fachverband der Lebensmittelindustrie

<https://brandaktuell.at/2022/02/10/karriere/herkunfts-kennzeichnung-ist-laengst-realitaet/>

Börse Express online vom 10.2.2022

Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

10.02.2022 | 12:00

Quelle: OTS Wirtschaft

Koßdorff: Bei verpackten Lebensmitteln gibt es umfassende EU-Vorgaben und weitere folgen bereits im Herbst 2022 – nationale Polit-Manöver gefährden Standort Österreich

Wien (OTS) - „Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vorpreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten:
Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022

Die nächste Erweiterung in punkto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern - Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland - unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

<https://www.boerse-express.com/news/articles/herkunftskennzeichnung-ist-laengst-realitaet-417583>

Herkunftskennzeichnung ist längst Realität

📅 10.02.2022 📁 APA-OTS, LOGISTIK NEWS, Wirtschaft

Artikel vorlesen

Koßdorff: Bei verpackten Lebensmitteln gibt es umfassende EU-Vorgaben und weitere folgen bereits im Herbst 2022 – nationale Polit-Manöver gefährden Standort Österreich.

„Die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln ist längst Realität“, erläutert Mag. Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, anlässlich jüngster Medienberichte über das Vorhaben der Bundesregierung, noch dieses Jahr auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts eine rein nationale Herkunftskennzeichnung nur für die österreichischen Lebensmittelhersteller einzuführen. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird. Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen wird, bleibt unerwähnt. Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, stellt Koßdorff die geltende Rechtslage klar.

Tatsache ist: Es gibt längst EU-weit einheitliche verpflichtende Regelungen zur Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln und weitere werden im Herbst folgen. Dass die Bundesregierung auf Betreiben des Landwirtschaftsressorts meint, jetzt noch vordreschen zu müssen und eine nationale Herkunftskennzeichnung einzuführen, wo die EU in wenigen Monaten ihre Regelungen erweitern wird, ist mehr als unverständlich und wohl bloßer Klientelpolitik geschuldet. Damit sollen die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg. Dadurch werden die österreichischen Hersteller und ihre Lebensmittel ‚Made in Austria‘ gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern bewusst geschwächt, welche diese rein nationalen Auflagen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen müssen.

Auch für Konsumentinnen und Konsumenten bringt der nationale Alleingang für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei gleichzeitiger Verteuerung der Produkte keinen Vorteil, weil Kennzeichnungen auf verpackten Lebensmitteln dann nicht mehr

vergleichbar sein werden. Im Supermarktregal würden importierte, nach EU-Vorgaben gekennzeichnete Waren neben Produkten liegen, die nach den österreichischen Vorgaben deklariert sind. Das führt zu unterschiedlichen Standards an Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und zuletzt: Das AMA-Gütesiegel bietet seit mehr als 20 Jahren alles, was politisch gewünscht wird. Wer „österreichisch“ kaufen will, findet bereits ein überwältigendes und sichtbares Lebensmittelangebot vor.

„Statt unsere Lebensmittelindustrie gerade jetzt, in der andauernden Wirtschaftskrise, zu stärken, werden ihr mit Gold Plating bewusst Hürden und Bürokratie in den Weg gelegt. Kluge Agrarpolitik schaut anders aus“, so Koßdorff.

Fleisch, Eier, Honig, Obst, Gemüse, Olivenöl, Fisch, Bio-Lebensmittel, Primärzutaten: Die Angabe der Herkunft von Lebensmitteln ist EU-weit bereits umfassend geregelt und Irreführung bei Herkunft verboten

Die Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist bereits umfassend in der EU geregelt. Sie ist bei einer Vielzahl von Lebensmitteln zwingend zu deklarieren, etwa für verpacktes frisches Fleisch von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel. „Ein Blick auf das Etikett von frischem Rindfleisch gibt Auskunft über Ort der Geburt, Mast und Schlachtung des Tieres“, so Koßdorff. Auch bei frischem Obst und Gemüse, Olivenöl, Fisch, Honig, Eiern und bei allen Bio-Lebensmitteln ist deren Herkunft auf der Verpackung seit vielen Jahren verbindlich zu kennzeichnen. Unabhängig davon ist nach dem Grundsatz des Irreführungsschutzes die Herkunft von Lebensmitteln immer anzugeben, wenn andernfalls die Verbraucher über die tatsächliche Herkunft des Produktes getäuscht werden könnten.

Darüber hinaus ist seit 2020 EU-weit auch die Herkunft der sogenannten Primärzutaten eines Lebensmittels anzugeben. Hier gilt: Wer mit der Herkunft eines verarbeiteten Lebensmittels wirbt, etwa mit einer „rot-weiß-roten Fahne“, muss die Herkunft der Primärzutaten des Produktes auf dem Etikett deklarieren, wenn diese eine andere Herkunft haben. Wird also bei verarbeitetem Fleisch, etwa einer Wurst, mit einer „rot-weiß-roten Fahne“ geworben oder mit einem Hinweis wie „Hergestellt in Österreich“ ein Herkunftsbezug zu Österreich vermittelt und stammt die Primärzutat, also das verarbeitete Fleisch, nicht aus Österreich, ist bereits heute auf dem Etikett verpflichtend anzugeben, woher es konkret stammt. „Das gilt in allen EU-Ländern und natürlich auch in Österreich, und zwar für alle verpackten Lebensmittel gemäß EU-Lebensmittelinformationsverordnung, um eine mögliche Täuschung über die Herkunft auszuschließen. Diese Regelung erlaubt es, einerseits darauf hinzuweisen, dass das Lebensmittel in Österreich hergestellt und veredelt wurde, also von heimischen Betrieben, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sicherstellen, und andererseits die Verbraucher darüber zu informieren, wenn die primären Zutaten anderer Herkunft sind“, so Koßdorff.

Erweiterte EU-Herkunftskennzeichnung bereits im Herbst 2022.

Die nächste Erweiterung in punkto Herkunftskennzeichnung sieht die EU in ihrer „Farm to Fork“-Strategie schon vor: Bereits im Herbst 2022 (!) wird die EU-Kommission Regelungen für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vorlegen. Die Konsultationen dazu laufen derzeit auf Hochtouren und auch Österreich ist eingebunden.

Nationale Herkunftskennzeichnung bringt doppelten Aufwand für heimische Lebensmittelhersteller.

Koßdorff: „Daher lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung einer rein nationalen Herkunftskennzeichnung weiterhin ab. Als nationaler Alleingang trifft dieses ausschließlich die heimischen Hersteller. Diese müssen – im Gegensatz zu ihren ausländischen Mitbewerbern – Bürokratie und Kosten für nach Herkunft getrennten Rohstoffeinkauf, separate Lagerung, Verarbeitung und Etikettierung verkraften. Ausländische Produzenten sparen sich diesen Mehraufwand, konkurrieren aber im Supermarktregal – im In- und Ausland – unmittelbar mit den österreichischen Produkten. Nach der Umstellung auf ein rein österreichisches Kennzeichnungssystem müssten unsere Betriebe in kurzer Zeit zusätzlich die Umstellung auf ein europäisches System stemmen. Das bedeutet: Doppelter Aufwand und doppelte Kosten, ohne erkennbaren Nutzen und das in Zeiten der Corona-Pandemie!“

Aus Fehlern lernen, statt diese zu wiederholen.

Frankreich hat seine national verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Milch und Milchprodukten wegen Verstoßes gegen EU-Recht offiziell zurückziehen müssen. Damit reagierte Frankreich auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Oktober 2020 (Rs C-485/18 „Lactalis“), das national verpflichtenden Herkunftsvorschriften, die über EU-Recht hinausgehen, in der Praxis eine klare Abfuhr erteilte. Frankreich musste einräumen, dass es den objektiv zwingenden Nachweis einer Verbindung zwischen einer besonderen Qualität der Milch und ihrer geografischen Herkunft nicht erbringen konnte.

Koßdorff: „Auch Österreich müsste diesen Nachweis für seinen nationalen Alleingang gegenüber der EU noch erbringen. Einfach ausgedrückt bedeutet das: Lebensmittel, etwa Milch, Fleisch oder Eier aus Österreich müssen nachweislich ‚besser‘ sein, nur weil sie aus Österreich stammen. Gerade in einem gemeinsamen Binnenmarkt sind aber bloße Staatsgrenzen keine nachweislichen Qualitätsgrenzen (z.B. zwischen Tiroler und Südbayrischer Milch). Somit wird die ‚höhere‘ Qualität allein aufgrund der Herkunft analog zum französischen Fall wohl kaum belegbar sein. Und auch der zitierte ‚Schutz der Gesundheit und Verbraucherschutz‘ rechtfertigen das Vorhaben nicht, denn Lebensmittelsicherheit gilt generell – unabhängig von der Herkunft eines Lebensmittels. Somit wäre Österreich aus unserer Sicht gut beraten, auf den geplanten nationalen Alleingang zu verzichten statt durch ein Urteil des EuGH dazu gezwungen zu werden.“

Jobmotor Lebensmittelindustrie ankurbeln und Arbeitsplätze sichern.

Erfolgreiche Agrarpolitik ist nicht mit nationalen Alleingängen bei der Lebensmittelkennzeichnung zu machen. Die Lebensmittelindustrie fordert daher eine Neuorientierung der heimischen Agrarpolitik mit klugen und zu Ende gedachten Konzepten, etwa die Bündelung der Energien im Interesse des Produktions- und Exportstandortes Österreichs, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Koßdorff: „Es braucht den Blick aufs große Ganze. Ein funktionierender Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer, einheitliche Informations-Standards für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Nutzung aller Exportmöglichkeiten sind jetzt wichtiger denn je. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung und das sollten wir gemeinsam angehen. Darüber hinaus unterstützen wir die bewährten freiwilligen Angaben zur Herkunft, etwa das AMA-Gütesiegel.“

Und Koßdorff abschließend: „Unsere Betriebe zu stärken, statt ihnen weitere Bürden aufzuhalsen, hilft den Menschen in Österreich. Denn nur eine starke Lebensmittelindustrie im eigenen Land gewährleistet die verlässliche Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, guten und ausreichenden Lebensmitteln, in Normalzeiten und in der Krise. Darauf sollten alle politisch Verantwortlichen gut achten.“

Stellenwert der Lebensmittelindustrie in Österreich.

Die Lebensmittelindustrie ist eine der größten Branchen Österreichs. Sie sichert im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten tagtäglich die Versorgung mit sicheren, qualitativen und leistbaren Lebensmitteln. Die rund 200 Unternehmen mit ihren 27.000 direkt Beschäftigten erwirtschaften jährlich ein Produktionsvolumen von deutlich über 9 Mrd. Euro. Rund 7,9 Mrd. Euro davon werden in Form von Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie im Export in über 180 Länder abgesetzt. Der Fachverband unterstützt seine Mitglieder durch Information, Beratung und internationale Vernetzung.

Rückfragen & Kontakt:

Mag. Katharina Koßdorff

Geschäftsführerin im Fachverband der Lebensmittelindustrie

Tel.: +43 1 712 21 21 – 14

k.kossdorff@dielebensmittel.at

Food Business Consult

DI Oskar Wawschinek MAS MBA

Pressesprecher für den Fachverband der Lebensmittelindustrie

+43/664-5456350

office@foodbusiness.at

Quelle: APA/OTS Wirtschaft

<https://www.logistik-express.com/herkunftskennzeichnung-ist-laengst-realitaet/>

Vienna online vom 10.2.2022

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

0 KOMMENTARE

10.02.2022 13:07 (Akt. 10.02.2022 13:07)



Ministerin Köstinger muss viele Interessen unter einen Hut bringen ©APA/HERBERT NEUBAUER

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. "In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg", betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

(APA)

<https://www.vienna.at/herkunftskennzeichnung-legt-verschiedene-interessen-offen/7287801>

Vorarlberger Nachrichten online vom 10.1.2022

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

TICKER // 3 Minuten Lesezeit



Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

„Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht ‚wurst‘“, so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen „Haltungskompass“ vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird“, kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. „Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, so Koßdorff. Sie spricht von „bloßer Klientelpolitik“, um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. „In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg“, betonte Koßdorff.

<https://www.vn.at/newsticker/herkunftskennzeichnung-legt-verschiedene-interessen-offen/2321342>

Vorarlberger online vom 10.2.2022

WIRTSCHAFT

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

0 KOMMENTARE

10.02.2022 13:07 (Akt. 10.02.2022 13:07)



Ministerin Köstinger muss viele Interessen unter einen Hut bringen ©APA/HERBERT NEUBAUER

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. "In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg", betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

(APA)

<https://www.vol.at/herkunftskennzeichnung-legt-verschiedene-interessen-offen/7287801>

Oberösterreichisches Volksblatt online vom 10.2.2022

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

Online seit: 10. Februar 2022



© APA/APA/HERBERT NEUBAUER/HERBERT NEUBAUER

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

„Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht „wurst“, so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen „Haltungskompass“ vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. „Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird“, kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. „Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert“, so Koßdorff. Sie spricht von „bloßer Klientelpolitik“, um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. „In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg“, betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

Die Landwirtschaftskammer erklärte am Donnerstagnachmittag, es gebe Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatenverordnung. „So sind Markenlogos etwa von dieser Regelung ausgenommen. Hat somit beispielsweise ein Wursthersteller Österreich-Fahne oder -Slogan im Markennamen oder -logo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben“, so Landwirtschaftskammer-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger laut Pressemitteilung. Wo Österreich draufstehe, müsse auch österreichischer Rohstoff drinnen sein, das wäre durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der tierischen Primärzutaten gemäß Regierungsplänen klar geregelt. „Wenn ohnehin schon eine so umfassende Herkunftskennzeichnung in der EU beziehungsweise in Österreich bestehe, „dann fragen wir uns schon, warum sich die Lebensmittelindustrie dann so vehement gegen die Regierungspläne zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung wehrt“, so Moosbrugger.

<https://volksblatt.at/herkunftskennzeichnung-legt-verschiedene-interessen-offen/>

Salzburger Nachrichten online vom 10.2.2022

WIRTSCHAFT

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

APA
10. Februar 2022 16:14 Uhr

1

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.



Ministerin Köstinger muss viele Interessen unter einen Hut bringen

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. "In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg", betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

Die Landwirtschaftskammer erklärte am Donnerstagnachmittag, es gebe Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatenverordnung. "So sind Markenlogos etwa von dieser Regelung ausgenommen. Hat somit beispielsweise ein Wursthersteller Österreich-Fahne oder -Slogan im Markennamen oder -logo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben", so Landwirtschaftskammer-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger laut Pressemitteilung. Wo Österreich draufstehe, müsse auch österreichischer Rohstoff drinnen sein, das wäre durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der tierischen Primärzutaten gemäß Regierungsplänen klar geregelt. "Wenn ohnehin schon eine so umfassende Herkunftskennzeichnung in der EU beziehungsweise in Österreich bestehe, "dann fragen wir uns schon, warum sich die Lebensmittelindustrie dann so vehement gegen die Regierungspläne zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung wehrt", so Moosbrugger.

<https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/herkunftskennzeichnung-legt-verschiedene-interessen-offen-116843218>

Kleine Zeitung online vom 10.1.2022

Klientelpolitik, Schlupflöcher | Herkunft von Lebensmitteln: Heikle Fragen zur Kennzeichnung

Debatte um Herkunftskennzeichnung zeigt unterschiedliche Interessenlage der Wirtschaft auf. Lebensmittelindustrie sieht Klientelpolitik zugunsten der Landwirte. Agrarvertreter orten Schlupflöcher.

17.11 Uhr, 10. Februar 2022



Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. **Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch.** Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so **Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic** am Donnerstag in einer Aussendung.



© (c) artfocus - stock.adobe.com (Klaus Rein)

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen **Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt**. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

"Schlicht der falsche Weg"

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die **Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität** sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert **Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie**.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. **"In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg"**, betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der **Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP)**, die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. **Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.**

Schlupflöcher

Die Landwirtschaftskammer erklärte am Donnerstagnachmittag, es gebe Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatenverordnung. "So sind Markenlogos etwa von dieser Regelung ausgenommen. Hat somit beispielsweise ein Wursthersteller Österreich-Fahne oder -Slogan im Markennamen oder -logo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben", so Landwirtschaftskammer-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger laut Pressemitteilung. **Wo Österreich draufstehe, müsse auch österreichischer Rohstoff drinnen sein, das wäre durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der tierischen Primärzutaten gemäß Regierungsplänen klar geregelt.** "Wenn ohnehin schon eine so umfassende Herkunftskennzeichnung in der EU beziehungsweise in Österreich bestehe, "dann fragen wir uns schon, warum sich die Lebensmittelindustrie dann so vehement gegen die Regierungspläne zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung wehrt", so Moosbrugger.

https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/6097652/Klientelpolitik-Schlupfloecher_Herkunft-von-Lebensmitteln_Heikle

News online vom 10.2.2022

Donnerstag, 10. Februar 2022

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

Ministerin Köstinger muss viele Interessen unter einen Hut bringen

VON APA - AUSTRIA PRESSE AGENTUR



© Bild: APA/APA/HERBERT NEUBAUER/HERBERT NEUBAUER

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. "In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg", betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

<https://www.news.at/a/herkunftskennzeichnung-interessen-12426516>

Drei online vom 10.2.2022



WIRTSCHAFT

Herkunftskennzeichnung legt verschiedene Interessen offen

Die Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln sorgt für durchaus unterschiedliche Interessenlagen in der Wirtschaft. Die Landwirte sind dafür, der Einzelhandel gibt sich aufgeschlossen, die Gastronomie lehnt eine Verpflichtung ab und die Markenartikler sowie die Lebensmittelindustrie sind ebenso kritisch. Tierschützer wiederum fordern auch eine Kennzeichnung der Haltung der Tiere.

"Die Haltungsbedingungen von Nutztieren, die für die Produktion tierischer Lebensmittel eingesetzt werden, sind den heimischen KonsumentInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht 'wurst'", so Tierschutz-Austria-Präsidentin Madeleine Petrovic am Donnerstag in einer Aussendung.

Anfang Februar hatte der Supermarktdiskonter Lidl in Österreich einen Vorstoß für eine branchenweite Haltungs-Kennzeichnung angekündigt. Der Händler stellt sich einen einheitlichen "Haltungskompass" vor, der nicht nur bei Frischfleisch oder Molkereiprodukten zum Einsatz kommen soll, sondern auch bei verarbeiteten Produkten.

Die Lebensmittelindustrie wiederum verweist am heutigen Donnerstag darauf, dass die Herkunftskennzeichnung bei verpackten Lebensmitteln längst Realität sei. "Das Landwirtschaftsministerium lässt in der öffentlichen Debatte über die nationale Herkunftskennzeichnung regelmäßig unter den Tisch fallen, dass die Angabe der Herkunft bei verpackten Lebensmitteln bereits umfassend von der EU geregelt ist und in der Praxis deklariert wird", kritisiert Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie.

Auch dass die EU bereits in wenigen Monaten zusätzliche Vorschriften zur Herkunftskennzeichnung vorlegen werde, bleibe unerwähnt. "Damit wird der Eindruck erzeugt, es bestünde eine veritable Rechtslücke. Das ist allerdings nicht richtig. Wir sind verwundert", so Koßdorff. Sie spricht von "bloßer Klientelpolitik", um die Preise für österreichische Agrarwaren und Lebensmittel in die Höhe zu treiben. "In Zeiten der Kostenexplosion auf allen Ebenen und steigender Inflation ist das schlicht der falsche Weg", betonte Koßdorff.

Hintergrund des Ärgers der Industrie ist der Plan von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP), die verpflichtende Herkunftsbezeichnung im Handel und in Kantinen bereits heuer noch umzusetzen. Wobei die Grünen auch die Gastronomie einbinden wollen, die ÖVP jedoch nicht.

Die Landwirtschaftskammer erklärte am Donnerstagnachmittag, es gebe Schlupflöcher in der sogenannten EU-Primärzutatenverordnung. "So sind Markenlogos etwa von dieser Regelung ausgenommen. Hat somit beispielsweise ein Wursthersteller Österreich-Fahne oder -Slogan im Markennamen oder -logo, muss er die Herkunft der Primärzutat Fleisch nicht angeben", so Landwirtschaftskammer-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger laut Pressemitteilung. Wo Österreich draufstehe, müsse auch österreichischer Rohstoff drinnen sein, das wäre durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der tierischen Primärzutaten gemäß Regierungsplänen klar geregelt. "Wenn ohnehin schon eine so umfassende Herkunftskennzeichnung in der EU beziehungsweise in Österreich bestehe, "dann fragen wir uns schon, warum sich die Lebensmittelindustrie dann so vehement gegen die Regierungspläne zur verpflichtenden Herkunftskennzeichnung wehrt", so Moosbrugger.

<https://www.drei.at/de/planet-drei/news/wirtschaft/story.html?uuid=13ffaeea-95ce-4e6f-abea-f2e5ddb0832a>



Gefangen in der Kostenfalle

Rohstoffpreise und Energiekosten steigen rasant. So rasant, dass Hersteller die Kosten oft nicht rechtzeitig an Kunden weitergeben können, etwa durch lange Lieferzeit. Das bringt Ertragsprobleme.

REGINA REITSAMER,
HELMUT KRETZL

SALZBURG. Teurer geworden sei für den Bischofshofner Radladerhersteller Liebherr so gut wie alles: Der

Stahlpreis habe sich binnen eines Jahres verdoppelt, sagt Geschäftsführer Manfred Santner. Die Energiekosten steigen wie überall rasant, aber auch Kunststoffprodukte wie Räder und Kunststoffbauteile sowie Kupfer für die Elektrik hätten sich um teils 50 bis 100 Prozent verteuert. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage „so gut wie noch nie“.

So erfreulich das sei, führe das bei den in Bischofshofen produzierten Radladern zu Lieferzeiten von einem halben bis zu einem Dreivierteljahr. „Die Kostensteigerungen können wir entsprechend nur zeitverzögert an die Kunden weitergeben“, sagt Santner. „Das geht natürlich auf Kosten unserer Marge.“

Auch der börsennotierte Salzburger Kranbauer Palfinger war deswegen jüngst zu einer Gewinnwarnung gezwungen. Nicht weil die Geschäfte schlechter liefen, sondern gerade weil Nachfrage und Auftragsstand so hoch seien wie nie, sagt Palfinger-Vorstandschef Andreas Klauser. „Das ist Segen und Fluch einer Rekord-Orderlage.“

Denn auf der einen Seite hatte man es mit deutlich höheren Energie- und Rohstoffpreisen zu tun – Kosten, die die Firma übernehmen muss. Und auf der anderen Seite kam man mit dem Abarbeiten bestehender Aufträge nicht mehr nach. Die Erledigung verschob sich wegen der weltweiten Lieferketten-

probleme um Wochen und Monate nach hinten – und damit in eine Zeit, als die Kosten schon wieder weiter gestiegen waren. Dazu kam noch ein zweiter Effekt: Um die Verzögerung nicht zu groß werden zu lassen, zog man zusätzliche Arbeitsschichten etwa am Samstag ein. Mit dem Effekt, dass durch die

Sonderschichten auch die Arbeitskosten nach oben gingen.

Zugleich waren aber die Preise schon vertraglich vereinbart „und natürlich kann ich nicht nachträglich Preiserhöhungen machen, wir wollen ja seriös sein“, sagt Klauser.

So gut wie alle produzierenden Unternehmen sind auf die eine oder andere Weise von diesen Effekten betroffen. Das Muster ist immer dasselbe, die Zwickmühle, in die Unternehmen dadurch geraten, auch. Besonders betroffen sind energieintensive Branchen wie Stahl, Zement oder auch die Chemie- und Pharmabranche.

Der Hoffnung, dass die Anstiege von kurzer Dauer sind und bald wieder mehr Preisstabilität einkehren könnte, erteilt Christian Helmenstein, der Chefökonom der Industriellenvereinigung (IV), eine Absage. „Es dauert eine Zeit, bis die Inflation durch sämtliche Lieferketten durchgeht“, sagt er. Damit dürften noch einige Preissteigerungen in der Pipeline stecken.

Dazu kämen noch verstärkende Effekte wie der Einsatz von Gas statt Kohlekraftwerken in Spitzenzeiten, die klimapolitisch gewollte Erhöhung des CO₂-Preises und aktuelle geopolitische Spannungen zwischen Russland und der Ukraine – alles Turbos für den Gaspreis.

Der Einschätzung, dass es sich in Summe um die stärksten Preisanstiege seit 38 Jahren handle, stellt Helmenstein die Tatsache gegenüber, dass sich Österreichs Wirtschaft auch im stärksten Auf-

schwung seit 45 Jahren befinde. Mehr als vier Prozent plus beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe es zuletzt 1976/1977 gegeben.

Beim Salzburger Beschlägehersteller Maco sah man sich schon im Vorjahr gezwungen, wegen rasant steigender Kosten für Stahl und Kunststoffe die Notbremse zu zie-

hen. Statt einmal im Jahr die Preise anzupassen, gebe es jetzt ein transparentes System eines Rohmaterialzuschlags, erklärt Geschäftsführer Guido Felix. Entsprechend gewissen Rohstoffindizes werden die Preise jedes Quartal angepasst – nach oben oder unten. Der Kunde könne nachvollziehen, warum er mehr, aber gegebenenfalls auch weniger zahlen müsse. Das sei auch jederzeit auf der Homepage in einem Partnerbereich ersichtlich, erklärt Felix. Damit könnten auch die Kunden – zumeist die großen Fenster- und Türenhersteller – ihre Preise besser planen.

Der Karton- und Verpackungshersteller Mayr-Melnhof Karton sieht sich in der privilegierten Si-

tuation, dass er die gestiegenen Kosten über die Verkaufspreise weitergeben kann – zumindest schrittweise. „Es ist ein Aufholen, das eine hohe Konzentration auf die ganze Organisation erfordert“, sagt Sprecher Stephan Sweerts-Sporck. Möglich sei das freilich nur bei entsprechender Nachfrage. Im Bereich Verpackung ist der Markt aktuell so stark, dass es gelinge, die Kosten weiterzugeben. Innerhalb eines Jahres hätten sich die Preise für Rohstoffe und Energie bei dem Traditionsunternehmen verdreifacht: „Da hat man als Unternehmen schon zu kauen.“ Daher setze man alles daran, diese Mehrkosten weiterzugeben, „daran führt kein Weg vorbei“. Schließlich habe man es mit Kostenerhöhungen in einem historischen Ausmaß zu tun.

Steigende Verpackungspreise, das trifft wiederum die Lebensmittelhersteller. Dabei kämpften die ohnehin mit einer Kostenlawine und fehlenden Rohstoffen, sagt Josef Domschitz von der Lebensmittelindustrie. Preise für Mahlgetreide etwa hätten sich verdoppelt, auch bei vielen Obstsorten, Zucker oder Glukosesirup seien die Steigerungen zweistellig. Dazu komme, dass viele Produktionen sehr energieintensiv sind – und damit immer teurer. Dass man die Preissteigerungen bisher kaum weitergeben konnte, habe im Nahrungsmittelbereich andere Gründe. „Der Handel in Österreich hat eine enorme Markt-

macht, die drei Großen Spar, Rewe und Hofer beherrschen 90 Prozent des Markts“, sagt Domschitz.

Der Druck auf die Hersteller sei damit enorm. „Wer sich wehrt, ist schnell ausgelistet.“ Ein hoher Anteil von Handelseigenmarken würde den Druck noch verstärken. „Die Lage ist dramatisch. Die Produzenten können die Kostensteigerungen nicht mehr schlucken. Sonst wird es viele heimische Lebensmittelhersteller bald nicht mehr geben.“



„Inflation geht durch alle Lieferketten.“

Chr. Helmenstein,
IV-Chefökonom

„Das geht auf Kosten der Marge.“

Manfred Santner,
Liebherr



Der Standard vom 5.2.2022



Foto: Frederic Clou

Der Disput zwischen
Fleischverarbeiter
Schirnhöfer und Rewe
reißt alte Wunden im
Lebensmittelhandel auf.
Wie viel Macht haben
Supermärkte?
Über Angst vor Auslistung,
billige Schnitzel und
politische Versäumnisse.

Verena Kainrath

Er sei seit mehr als 40 Jahren im Geschäft, Managern österreichischer Supermarktketten fühle er sich dennoch völlig ausgeliefert, sagt ein Landwirt. Er könne verstehen, dass Unternehmern, die wie Karl Schirnhöfer um ihre Existenz fürchten, die Sicherungen durchbrennen.

Anders als der Fleischer, der Rewe unverblümt attackiert, wagt es der Biobauer nicht, sich offen gegen die Begehrlichkeiten großer Handelskunden zu wehren. Schon einmal sei er nach der Bitte um höhere Preise für ein Jahr

aus den Regalen geflogen, was ihn ein Drittel des Jahresumsatzes kostete, erzählt er. Mücke er auf, wenn ihm teure Auflagen auferlegt werden, weise man mit dem Zeigefinger auf eine Fülle von Konkurrenzware aus dem Ausland, die sich offenbar glänzend verkaufe.

Der Wink mit dem Zaunpfahl: „Als Kleiner brauche ich mich gar nicht erst anzustellen.“ So fleißig der Handel mit regionalen Biolieferanten werbe – ehe man es sich versehe, werde man durch internationale Anbieter ersetzt.

Natürlich habe er versucht, sich unabhängiger vom Geschäft mit Supermärkten zu machen. Eigene Vertriebswege müsse man sich aber erst einmal leisten können. „Nur weil ich Gutes produziere, heißt das noch lange nicht, dass ich mich gut vermarkten kann.“

Ausgequetscht

„Als Einkäufer großer Lebensmittelketten bis du den Job los, quetscht du nicht das Letzte aus Lieferanten heraus“, ist sich ein oberösterreichischer Produzent, der ebenfalls nicht genannt werden will, sicher. Er berichtet von scheinweisen Rabatten, die der Handel seinen Partnern jährlich abringe. „Da sitzt du zwei, drei Managern gegenüber, die dir sagen, was Sache ist. Stellst du dich quer, weil du es finanziell nicht mehr packst, heißt es: Passt, danke, rechnen Sie mit Auslistung.“

„Kopf hoch, Mund auf“ spielt es nicht. Da bist kein Kaiser mehr“, ergänzt ein Lieferant, der zu den Platzhirschen seiner Branche zählt.

Wie er versuchten viele alteingesessene Lebensmittelhersteller, ihre Nachfolge zu regeln. „Zu starker Druck von oben ist hier tödlich.“

Jahresgespräche mit Konzernen wie Spar und Rewe, in denen um Preise und Konditionen gefeilscht wird, sind nichts für schwache Nerven. Es gab Zeiten, da trieben Österreichs Supermärkte ihre Machtdemonstrationen an die Spitze. Bewährte Partner konnten nicht mehr mit, Kartellwächter wurden hellhörig.

Der Handel lernte dazu, eine neue Generation an Managern übernahm das Ruder. Mittlerweile jedoch hat sich der Ton wieder verschärft. Katharina Koßdorff, Chefin des Verbands der Lebensmittelindustrie, nannte die- sen jüngst „grenzüberschreitend und brutal“. Klar schenke sich keine Seite was, hält Nicole Berkmann, Sprecherin der Spar-Gruppe, entgegen. „Wir stehen aber vor einer noch nie da gewesenen Teuerungswelle.“ Auch auf den Handel sei der Druck so hoch wie nie. „Es ist unsere Aufgabe, hart zu verhandeln und Preise für Konsumenten niedrig zu halten.“

Stärke im Kräfteressen mit Lieferanten schöpfen Lebensmittelhändler vielfach aus eigenen Produktionen rund um Fleisch, Brot oder Wein. Nach Spar hat auch Rewe in Österreich in Fleischwerke investiert, was Schirnhöfer zum Verhängnis werden könnte. Rewe will nicht länger ihn als Verarbeiter – sondern nur die Almochsen seiner 500 Bauern, mit denen er seit Jahrzehnten zusammenarbeitet. Weigert er sich, die Zerlegung an seinen größten Kunden abzutreten, fürchtet er, sämtliche Rewe-Aufträge zu verlieren, was das Ende seines Betriebs einläutet. Ob es ein Fall von Erpressung ist, wie Schirnhöfer behauptet, werden die Gerichte klären.

Händler als Produzenten

Woher rührt dieser Appetit des Handels auf eigene Fertigungen? Sie heben ihn von Rivalen ab, verschaffen Unabhängigkeit von Markenherstellern und Einfluss auf Erzeugerpreise. Lieferanten werden leichter austauschbar.

Historisch ist der Handel als Bauer rasch erklärt. Als es an Bäckern und Fleischern noch nicht fehlte, verkauften Supermärkte nur trockenes Sortiment. Da Kunden mehr aus einer Hand wollten, holten sie Frisches in die Regale. Und weil Gewerbebetriebe oft nicht willens waren, sie zu ihren Vorgaben zu beliefern, investierte der Handel in eigene Fabriken. Zugleich ermöglichten Abnahmeverträge Zugriff in die Fertigung.

Mittlerweile sind Gemüsefelder und Glashäuser quer durch Europa ebenso in Hand der Branche wie Schweine- und Geflügelställe.

Doch was wirtschaftlich für Händler Sinn hat, birgt Risiken. Was, wenn Vielfalt verschwindet und immer weniger Konzerne diktieren, was Konsumenten auf den Teller bekommen? VP-Landwirtschaftsministerin Eli-

sabeth Köstinger ortet ein „schizophrenes, absurdes System“, das Bauern unter Druck setzt.

Dass es so weit kam, daran trägt die Politik Mitschuld. Rund 90 Prozent des Lebensmittelhandels in Österreich sind in Hand von Spar, Rewe und Hofer. Übernahmen wurden durchgewinkt, Kartellgesetze zu spät an EU-Standards angepasst. Das Trio wuchs rasant und pflasterten den Markt mit Filialen zu.

Gemeinden widmeten fleißig grüne Wiesen in Gewerbegebiete um. Die Raumordnung ließ das freie Spiel der Kräfte zu. Konsum wurde nach seiner Pleite unter Rewe und Spar auf-

geteilt. Die Insolvenzen von Meinl, Löwa, Zielpunkt dienten beiden ebenso. Auch als Rewe Adeg schluckte, schrillte keine Alarmglocke.

Im Groß- wie im Einzelhandel geben Spar und Rewe den Schritt vor. In der Gastronomie sind sie ebenso dominant wie an Tankstellen. „Jeder hat versucht, den Kuchen auf seine Seite zu holen“, erläutert Christof Kastner, Vizeobmann des Lebensmittelhandels. „Es liegt in der Natur der Sache, dass hoch konzentrierte Märkte gewisse Dynamiken entwickeln.“

Größe half dabei, der Industrie ihre Gewinne abzuräumen – Kunden profitierten davon. Der Wohlstand einer Gesellschaft ist auch sinkenden Lebensmittelkosten zu verdanken.

Die Industrie konzentrierte sich in Riesen wie Nestlé und Unilever. In Österreichs Milchwirtschaft wuchs Berglandmilch zum Marktführer heran. Unterm Strich blieben Produktionsstrukturen im Vergleich zu anderen EU-Ländern aber klein. Österreich heftet sich diese regionalen Betriebe stolz auf die Fahnen.

Doch vielen fehlt Kapital für eigene Marken, Filialen, Direktvertrieb, Exporte. Für Supermärkte wurde es ein Leichtes, sie gegeneinander auszuspielen. In die Bredouille gerieten vor allem jene, die Rohstoffe erzeugen, die im Überfluss vorhanden sind. Dass Milch und Schweinefleisch teilweise zu Dumpingpreisen verschleudert werden, ist aber nicht nur Supermärkten zuzuschreiben. Sie nehmen Bauern allein sechs Prozent der Rohstoffe ab. Die Preise dafür werden international gemacht.

Mauer des Schweigens

Die Marktmacht des Handels äußert sich in Spielarten, die selten schriftlich niedergehalten und fast nie juristisch bekämpft werden. Berüchtigt sind Boni rund um Fusionen und Geburtstage. Gebühren für Listung und Werbung, rückwirkende Rabattforderungen, Auftragsstornos in letzter Minute, Ersatzlieferungen, Rücknahme verderblicher Ware: An Instrumenten, um Partner einzuschüchtern, fehlt es nicht. „Letztlich gehören aber immer zwei dazu – vor allem einer, der dem zustimmt“, resümiert ein betroffener Unternehmer.

Erinnerungen an Neuburger stecken Lieferanten in den Knochen: Der Feinkosthersteller wurde einst nach Differenzen zwei Jahre

lang ausgelistet, was ihn dazu zwang, Jobs abzubauen. Auch Ottakringer drohten Sanktionen, als die Brauerei es wagte, Bier unter ihrer Marke auch an Diskonter Hofer zu verkaufen.

Wettbewerbschüter, die versuchen, Licht in Gängelungen zu bringen, stoßen auf eine Mauer des Schweigens. Ab März soll eine neue Ombudsstelle, an die sich Lieferanten anonym wenden können, Missbrauch entlang der Wertschöpfungskette reduzieren.

Für Schirnhofer kommt diese zu spät.



**Wer bestimmt, was die Österreicher
auf den Teller bekommen?**

Foto: Getty

Der Standard online vom 5.2.2022

KRÄFTEMESSEN IM HANDEL

Die Imperien schlagen zurück: Wie viel Macht haben Supermärkte?

Der Disput zwischen Rewe und Schirnhöfer reißt alte Wunden im Lebensmittelhandel auf. Über Angst vor Auslistung, billige Schnitzel und politische Versäumnisse

Verena Kainrath

5. Februar 2022, 17:00

Wien – Er sei seit mehr als 40 Jahren im Geschäft, Managern österreichischer Supermarktketten fühle er sich dennoch völlig ausgeliefert, sagt ein Landwirt. Er könne verstehen, dass Unternehmern, die wie Karl Schirnhöfer um ihre Existenz fürchten, die Sicherungen durchbrennen.



Preisverhandlungen im Handel sind nichts für schwache Nerven.

Frederic Cirou

Anders als der steirische Fleischer, der Rewe unverblümt attackiert, wagt es der niederösterreichische Biobauer nicht, sich offen gegen die Begehrlichkeiten großer Handelskunden zu wehren. Schon einmal sei er nach der Bitte um höhere Preise für ein Jahr aus den Regalen geflogen, was ihn ein Drittel des Jahresumsatzes kostete, erzählt er. Mücke er auf, wenn ihm teure Auflagen auferlegt werden, weise man mit dem Zeigefinger auf eine Fülle von Konkurrenzware aus dem Ausland, die sich offenbar glänzend verkaufe.

Der Wink mit dem Zaunpfahl: "Als Kleiner brauche ich mich gar nicht erst anzustellen." So fleißig der Handel mit regionalen Biolieferanten werbe – ehe man es sich versehe, werde man durch internationale Anbieter ersetzt.

Natürlich habe er versucht, sich unabhängiger vom Geschäft mit Supermärkten zu machen. Eigene Vertriebswege müsse man sich aber erst einmal leisten können. "Nur weil ich Gutes produziere, heißt das noch lange nicht, dass ich mich gut vermarkten kann."

Ausgequetscht

"Als Einkäufer großer Lebensmittelketten bis du den Job los, quetscht du nicht das Letzte aus Lieferanten heraus", ist sich ein oberösterreichischer Produzent, der ebenfalls nicht genannt werden will, sicher. Er berichtet von scheinweisen Rabatten, die der Handel seinen Partnern jährlich abringe. "Da sitzt du zwei, drei Managern gegenüber, die dir sagen, was Sache ist. Stellst du dich quer, weil du es finanziell nicht mehr packst, heißt es: Passt, danke, rechnen Sie mit Auslistung."

"Kopf hoch. Mund auf spielt es nicht. Da bist kein Kaiser mehr", ergänzt ein Lieferant, der zu den Platzhirschen seiner Branche zählt. Wie er versuchten viele alteingesessene Lebensmittelhersteller, ihre Nachfolge zu regeln. "Zu starker Druck von oben ist hier tödlich."

Jahresgespräche mit Konzernen wie Spar und Rewe, in denen um Preise und Konditionen gefeilscht wird, sind nichts für schwache Nerven. Es gab Zeiten, da trieben Österreichs Supermärkte ihre Machtdemonstrationen an die Spitze. Bewährte Partner konnten nicht mehr mit, Kartellwächter wurden hellhörig. Der Handel lernte dazu, eine neue Generation an Managern übernahm das Ruder.



Wer bestimmt, was die Österreicher auf den Teller bekommen?

Foto: Getty Images / iStock / ArtistGNDphotography

Mittlerweile jedoch hat sich der Ton wieder verschärft. Katharina Koßdorff, Chefin des Verbands der Lebensmittelindustrie, nannte diesen jüngst "grenzüberschreitend und brutal". Klar schenke sich keine Seite was, hält Nicole Berkman, Sprecherin der Spar-Gruppe, entgegen. "Wir stehen aber vor einer noch nie da gewesenen Teuerungswelle." Auch auf den Handel sei der Druck so hoch wie nie. "Es ist unsere Aufgabe, hart zu verhandeln und Preise für Konsumenten niedrig zu halten."

Stärke im Kräftemessen mit Lieferanten schöpfen Lebensmittelhändler vielfach aus eigenen Produktionen rund um Fleisch, Brot oder Wein. Nach Spar hat auch Rewe in Österreich in Fleischwerke investiert, was Schirhofer zum Verhängnis werden könnte.

Rewe will nicht länger ihn als Verarbeiter – sondern nur die Almochsen seiner knapp 500 Bauern, mit denen er seit Jahrzehnten zusammenarbeitet. Weigert er sich, die Zerlegung an seinen größten Kunden abzutreten, fürchtet er, sämtliche Rewe-Aufträge zu verlieren, was das Ende seines Betriebs einläutet. Ob es ein Fall von Erpressung ist, wie Schirnhofer behauptet, werden die Gerichte klären.

Händler als Produzenten

Woher rührt dieser Appetit des Handels auf eigene Fertigungen? Sie heben ihn von Rivalen ab, verschaffen Unabhängigkeit von Markenherstellern und Einfluss auf Erzeugerpreise. Lieferanten werden leichter austauschbar.

Historisch ist der Handel als Bauer rasch erklärt. Als es an Bäckern und Fleischern noch nicht fehlte, verkauften Supermärkte nur trockenes Sortiment. Da Kunden mehr aus einer Hand wollten, holten sie Frisches in die Regale. Und weil Gewerbebetriebe oft nicht willens waren, sie zu ihren Vorgaben zu beliefern, investierte der Handel in eigene Fabriken. Zugleich ermöglichten Abnahmeverträge Zugriff in die Fertigung.

Mittlerweile sind Gemüsefelder und Glashäuser quer durch Europa ebenso in Hand der Branche wie Schweine- und Geflügelställe.

Verlust der Vielfalt

Doch was wirtschaftlich für Händler Sinn hat, birgt Risiken. Was, wenn Vielfalt verschwindet und immer weniger Konzerne diktieren, was Konsumenten auf den Teller bekommen? VP-Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger ortet ein "schizophrenes, absurdes System", das Bauern unter Druck setzt.

Dass es so weit kam, daran trägt die Politik Mitschuld. Rund 90 Prozent des Lebensmittelhandels in Österreich sind in Hand von Spar, Rewe und Hofer. Übernahmen wurden durchgewinkt, Kartellgesetze zu spät an EU-Standards angepasst. Das Trio wuchs rasant und pflasterten den Markt mit Filialen zu.

Gemeinden widmeten fleißig grüne Wiesen in Gewerbegebiete um. Die Raumordnung ließ das freie Spiel der Kräfte zu. Konsum wurde nach seiner Pleite unter Rewe und Spar aufgeteilt. Die Insolvenzen von Meinl, Löwa, Zielpunkt dienten beiden ebenso. Auch als Rewe Adeg schluckte, schrillte keine Alarmglocke.



Die Inflation ist hoch, auf den Handel rollt eine Teuerungswelle zu.

Foto: Imago

Im Groß- wie im Einzelhandel geben Spar und Rewe den Schritt vor. In der Gastronomie sind sie ebenso dominant wie an Tankstellen. "Jeder hat versucht, den Kuchen auf seine Seite zu holen", erläutert Christof Kastner, Vizeobmann des Lebensmittelhandels in der Wirtschaftskammer. "Es liegt in der Natur der Sache, dass hoch konzentrierte Märkte gewisse Dynamiken entwickeln."

Wettrüsten

Größe half dabei, der Industrie ihre Gewinne abzuräumen – Kunden profitierten davon. Der Wohlstand einer Gesellschaft ist auch sinkenden Lebensmittelkosten zu verdanken.

Die Industrie konzentrierte sich in Riesen wie Nestlé und Unilever. In Österreichs Milchwirtschaft wuchs Berglandmilch zum Marktführer heran. Unterm Strich blieben Produktionsstrukturen im Vergleich zu anderen EU-Ländern aber klein. Österreich heftet sich diese regionalen Betriebe stolz auf die Fahnen.

Doch vielen fehlt Kapital für eigene Marken, Filialen, Direktvertrieb und Exporte. Für Supermärkte wurde es ein Leichtes, sie gegeneinander auszuspielen. In die Bredouille gerieten vor allem jene, die Rohstoffe erzeugen, die im Überfluss vorhanden sind. Dass konventionelle Milch und Schweinefleisch weit abseits von Bio teilweise zu Dumpingpreisen verschleudert werden, ist aber nicht nur Supermärkten zuzuschreiben: Sie nehmen Bauern allein sechs Prozent der Rohstoffe ab. Die Preise dafür werden international gemacht.

Mauer des Schweigens

Die Marktmacht des Handels äußert sich in Spielarten, die selten schriftlich niedergehalten und fast nie juristisch bekämpft werden. Berüchtigt sind Boni rund um Fusionen und Geburtstage. Gebühren für Listung und Werbung, rückwirkende Rabattforderungen, Auftragsstornos in letzter Minute, Ersatzlieferungen, Rücknahme verderblicher Ware: An Instrumenten, um Partner einzuschüchtern, fehlt es nicht. "Letztlich gehören aber immer zwei dazu – vor allem einer, der dem zustimmt", resümiert ein betroffener Unternehmer.

Erinnerungen an Neuburger stecken Lieferanten in den Knochen: Der Feinkosthersteller wurde einst nach Differenzen zwei Jahre lang ausgelistet, was ihn dazu zwang, Jobs abzubauen. Auch Ottakringer drohten Sanktionen, als die Brauerei es wagte, Bier unter ihrer Marke auch an den Diskonter Hofer zu verkaufen. Wettbewerbshüter, die versuchen, Licht in Gängelungen zu bringen, stoßen auf eine Mauer des Schweigens. Ab März soll eine neue Ombudsstelle, an die sich Lieferanten anonym wenden können, Missbrauch entlang der Wertschöpfungskette reduzieren.

Für Schirinhofer kommt diese zu spät. (Verena Kainrath, 5.2.2022)

<https://www.derstandard.at/story/2000133119532/die-imperien-schlagen-zurueck-wie-viel-macht-haben-supermaerkte>

Der Standard vom 29.1.2022

Druck auf Lieferanten gestiegen

Brutal und grenzüberschreitend sei der Ton bei Jahresgesprächen, sagen Lebensmittelhersteller. Biobauern fordern radikalere Ansätze, um der Marktmacht des Handels Einhalt zu gebieten.

Verena Kainrath

Der österreichische Lebensmittelhandel hat die Gangart bei Preisverhandlungen in den vergangenen Monaten verschärft, sagt Katharina Koßdorff. Zahlreiche Lieferanten beschrieben ihr jüngste Jahresgespräche mit Supermärkten als „grenzüberschreitend, beispiellos brutal und völlig unangebracht in Ton und Verhalten“, erzählt sie im Gespräch mit dem STANDARD.

Der Lebensmittelmarkt leide unter einer extremen Schieflage, sagt sie. „Wenn sich drei Teilnehmer 90 Prozent des Geschäfts teilen, haben die Lieferanten das Nachsehen.“

Produzenten erlebten die aktuellen Verhandlungen als umso belastender, da sie mit einer historischen Kostenwelle konfrontiert seien. Die Preise für Energie, Verpackung und Logistik seien massiv gestiegen, gibt Koßdorff zu bedenken. Wenn sich die Kosten für die Herstellung nicht mehr abdecken ließen, werde es für viele Unternehmen eng.

Konzerne wie Rewe und Spar haben während der Krise gut verdient. Gastronomen hatten monatelange Sperrstunde. In Ermangelung anderer Einkaufsmöglichkeiten während der Lockdowns blieb den Österreichern nur der Weg in Supermärkte.

„Keine Sonntagsreden“

Der Disput zwischen dem Fleischer Karl Schirnhofner und der Rewe, der dieser Erpressung vorwirft, rüttelt an Marktmechanismen, die mit der Idee der Konsumenten von Nachhaltigkeit wenig zu tun haben.

Otto Gasselich, Vizeobmann des Verbands der Biobauern, nennt die bisherigen Versuche der Politik, unfairer Wettbewerb Einhalt zu gebieten, „Augenauswischerei“. Statt weiter Sonntagsreden zu halten, gehöre über radikalere Ansätze nachgedacht, meint er. Einer davon sei, Handelskonzernen ab einer gewissen Größe den Aufbau eigener Produktionskapazitäten zu verwehren.

Will der Handel auch Bauer sein? Vertikale Integration heißt das Zauberwort, mit dem sich dieser mehr

Marktmacht und höhere Margen sichert. Da werden riesige Gemüsefelder gepachtet und Fabriken für Brot und Fleisch aus dem Boden gestampft. Finanzinvestoren investieren in neue landwirtschaftliche Betriebe. Job der Bauern an Ort und Stelle ist es, Ausfälle im Stall und auf den Feldern gering zu halten.

Bei Geflügel und Schweinen etwa sei dies längst Praxis, erläutert der Wifo-Experte Franz Sinabell. Mit Almo erfasse diese Entwicklung offenbar nun auch eine starke Marke im Rindergeschäft. Ratschläge will Sinabell den davon betroffenen 500 Bauern keine geben. Dass sie der Handel mit Zuckerln und Premiumpreisen locke, sei klar. Ebenso offensichtlich sei, dass sie riskierten, ihre Marke auf Dauer ganz an den großen Partner zu verlieren.

Unter Beobachtung

Die Causa Schirnhofner stehe unter starker Beobachtung der Wettbewerbsbehörden, ist er sich sicher. Eingreifen würden diese wohl aber erst dann, wenn auch Konsumenten finanziell zur Ader gelassen würden.

Diskussionen darüber, funktionierenden Wettbewerb durch eine Zerschlagung großer Konzerne herzustellen, erlebt man derzeit vor allem bei Google und Amazon.

Werner Habermann, Chef der österreichischen Rinderbörse, arbeitet rund um Biofleisch seit vielen Jahren direkt mit Rewe zusammen. Er presst habe er sich nie gefühlt, der Konzern habe sich an Vereinbarungen gehalten, betont er. Habermann bietet Landwirten, die zwischen die Fronten der Rewe und Schirnhofner gerieten, Gespräche und die Zusammenarbeit an. „Die Bauern können am wenigsten dafür.“ Ohne Schirnhofner ließen sich Lösungen finden.

Rewe, die den Vorwurf der Erpressung zurückweist, ließ Schirnhofner eine Unterlassungserklärung zukommen. Unterzeichnet er diese nicht, wird er auf kredit- und rufschädigendes Verhalten verklagt.

Kopf des Tages Seite 40



Wer verdient wie viel entlang der Wertschöpfungskette?
Rewe will Karl Schirnhofers Ochsenfleisch selbst verarbeiten.

Der Standard online vom 29.1.2022

LEBENSMITTELHANDEL

Rewe gegen Schirnhofers: Industrie sieht höheren Druck auf Lieferanten

Grenzüberschreitend sei der Ton bei Preisverhandlungen, sagen Lebensmittelhersteller. Biobauern fordern radikalere Ansätze, um Marktmacht des Handels zu bremsen

Verena Kainrath

29. Jänner 2022, 12:00 / 172 Postings



Wer verdient wie viel entlang der Wertschöpfungskette? Rewe will Karl Schirnhofers Ochsenfleisch selbst verarbeiten.

Foto: Imago

Wien – Der österreichische Lebensmittelhandel hat die Gangart bei Preisverhandlungen in den vergangenen Monaten verschärft, sagt Katharina Koßdorff. Zahlreiche Lieferanten beschrieben ihr jüngste Jahresgespräche mit Supermärkten als "grenzüberschreitend, beispiellos brutal und völlig unangebracht in Ton und Verhalten", erzählt sie im Gespräch mit dem STANDARD.

Der Lebensmittelmarkt leide unter einer extremen Schieflage, sagt sie. "Wenn sich drei Teilnehmer 90 Prozent des Geschäfts teilen, haben die Lieferanten das Nachsehen."

Produzenten erlebten die aktuellen Verhandlungen als umso belastender, da sie mit einer historischen Kostenwelle konfrontiert seien. Die Preise für Energie, Verpackung und Logistik seien massiv gestiegen, gibt Koßdorff zu bedenken. Wenn sich die Kosten für die Herstellung nicht mehr abdecken ließen, werde es für viele Unternehmen eng.

Konzerne wie Rewe und Spar haben während der Krise gut verdient. Gastronomen hatten monatelange Sperrstunde. In Ermangelung anderer Einkaufsmöglichkeiten während der Lockdowns blieb den Österreichern nur der Weg in Supermärkte.

"Keine Sonntagsreden"

Der Disput zwischen dem Fleischer Karl Schirnhofers und der Rewe, der dieser Erpressung vorwirft, rüttelt an Marktmechanismen, die mit der Idee der Konsumenten von Nachhaltigkeit wenig zu tun haben.

Otto Gasselich, Vizeobmann des Verbands der Biobauern, nennt die bisherigen Versuche der Politik, unfairem Wettbewerb Einhalt zu gebieten, "Augenauswischerei". Statt weiter Sonntagsreden zu halten, gehöre über radikalere Ansätze nachgedacht, meint er. Einer davon sei, Handelskonzernen ab einer gewissen Größe den Aufbau eigener Produktionskapazitäten zu verwehren.

Will der Handel auch Bauer sein? Vertikale Integration heißt das Zauberwort, mit dem sich dieser mehr Marktmacht und höhere Margen sichert. Da werden riesige Gemüsefelder gepachtet und Fabriken für Brot und Fleisch aus dem Boden gestampft. Finanzinvestoren investieren in neue landwirtschaftliche Betriebe. Job der Bauern an Ort und Stelle ist es, Ausfälle im Stall und auf den Feldern gering zu halten.

Bei Geflügel und Schweinen etwa sei dies längst Praxis, erläutert der Wifo-Experte Franz Sinabell. Mit Almo erfasse diese Entwicklung offenbar nun auch eine starke Marke im Rindergeschäft. Ratschläge will Sinabell den davon betroffenen 500 Bauern keine geben. Dass sie der Handel mit Zuckerln und Premiumpreisen locke, sei klar. Ebenso offensichtlich sei, dass sie riskierten, ihre Marke auf Dauer ganz an den großen Partner zu verlieren.

Unter Beobachtung

Die Causa Schirnhofen stehe unter starker Beobachtung der Wettbewerbshüter, ist er sich sicher. Eingreifen würden diese wohl aber erst dann, wenn auch Konsumenten finanziell zur Ader gelassen würden.

Diskussionen darüber, funktionierenden Wettbewerb durch eine Zerschlagung große Konzerne herzustellen, erlebt man derzeit vor allem bei Google und Amazon.

Werner Habermann, Chef der österreichischen Rinderbörse, arbeitet rund um Biofleisch seit vielen Jahren direkt mit Rewe zusammen. Erpresst habe er sich nie gefühlt, der Konzern habe sich an Vereinbarungen gehalten, betont er. Habermann bietet Landwirten, die zwischen die Fronten der Rewe und Schirnhofen gerieten, Gespräche und die Zusammenarbeit an. "Die Bauern können am wenigsten dafür." Ohne Schirnhofen ließen sich Lösungen finden.

Rewe, die den Vorwurf der Erpressung zurückweist, ließ Schirnhofen eine Unterlassungserklärung zukommen. Unterzeichnet er diese nicht, wird er auf kredit- und rufschädigendes Verhalten geklagt. (Verena Kainrath, 29.1.2022)

<https://www.derstandard.at/story/2000132938300/rewe-gegen-schirnhofen-industrie-sieht-hoeheren-druck-auf-lieferanten>

Heute vom 18.1.2022

Heute

"Heute" vom 18.01.2022 Seite 7 Ressort: Wirtschaft Heute Heute Hauptausgabe, Heute Niederösterreich, Heute Oberösterreich

Bier, Brot, Butter, teuer wird das Futter

2022 startet mit einem Großangriff auf Geldbörsen. Grundnahrungsmittel werden empfindlich teurer. Das sind die Ursachen für die Preissprünge: Getreidepreis explodiert Weichweizen kostete im November 2021 im Großhandel um 63 % mehr als im November des Vorjahres. Eine Tonne Mais stieg laut Statistik Austria um 48 %, Roggen um 24 %. Brot kostet mehr Die Getreidepreise schlagen sich bereits jetzt auf Backwaren, Mehl und Nudeln nieder, so die Wirtschaftskammer. Das Wifo rechnet mit 3 %höheren Brotpreisen.

Butter legt zu Steigende Transportkosten verteuern Molkereiprodukte .

Spitzenreiter laut EU-Preisindex: Butter legt um 47,1 %zu.

Bier wird teuer Braugerste erreichte diese Woche mit 357 Euro pro Tonne EU-Spitzenwerte.

Kostspielige Hühner Hendln werden mit Getreide gefüttert, Hühnerfleisch wurde in der EU bereits um 16,1 %teurer.

Erdäpfel ziehen an Pommes wurden um bis zu 80 %teurer.

Ausreißer Schwein Nur Schweinefleisch wurde 2021 um 26,7 % billiger, kein Anstieg in Sicht

Foto: Toyota

Krone vom 18.1.2022

Weizen kostete zuletzt bis zu 63% mehr

Teureres Getreide lässt Preise steigen

Die hohe Nachfrage im In- und Ausland nach Getreide hat die Preise stark nach oben getrieben. Zuletzt kostete etwa Weichweizen 63% mehr als im Jahr davor. Dadurch verteuerten sich seit letzten Herbst auch Lebensmittel wie z. B. Brot, Geflügel oder Eier. Heuer erwarten die Experten einen weiteren Schub nach oben.

„Verbraucher merken es jetzt schon, wenn sie Geflügelfleisch, Eier oder Mehl kaufen“, so Wifo-Agarexperte Franz Sinaß. Denn nicht nur Bäcker mussten die Preise bereits anheben. Das teurere Getreide (Weizen +63%, Mais +48%, Roggen +24% usw.) wirkt sich auch auf die Futtermittelpreise aus – was wiederum die Ausgaben von Hühner- oder Schweinemastbetrieben erhöht.

„Für viele Produzenten ist es schon länger sehr schwierig, die Kosten für die teure-

ren Rohstoffe zu stemmen“, so Josef Domschitz von der WKO. Er rechnet damit, dass nicht nur einzelne Branchen wie Bäcker, sondern auch Lebensmittelhändler die Preise werden anziehen müssen.

AK-Expertin

Gabriele Zgubic stellte von September bis Dezember bei günstigen Produkten schon im Schnitt 5,4% Preisplus fest. Einzelne Waren wie Nudeln (+50%), Sonnenblumenöl (+34%), Äpfel (+23%) oder Kartoffeln (+9%) seien aber viel stärker gestiegen. GH



Foto: Alexander Schwarz

⊗ Unsere Bäcker (siehe Symbolbild) sind von den höheren Einkaufspreisen für Getreide unmittelbar betroffen.



Foto: goldberry - stock.adobe.com

Krone Discover online vom 17.1.2022

17.01.2022 21:10 | NACHRICHTEN > ÖSTERREICH

63% MEHR BEI WEIZEN

Teureres Getreide lässt Lebensmittelpreise steigen



(Bild: ©Printemps - stock.adobe.com)

Die hohe Nachfrage im In- und Ausland nach Getreide hat die Preise stark nach oben getrieben. Zuletzt kostete etwa Weichweizen 63 Prozent mehr als im Jahr davor. Dadurch verteuerten sich seit letzten Herbst auch Lebensmittel wie z.B. Brot, Geflügel oder Eier. Heuer erwarten die Experten einen weiteren Schub nach oben.

„Verbraucher merken es jetzt schon, wenn sie Geflügelfleisch, Eier oder Mehl kaufen“, so Wifo-Agrarexperte Franz Sinabell. Denn nicht nur Bäcker mussten die Preise bereits anheben. Das teurere Getreide (Weizen +63%, Mais +48%, Roggen +24% usw.) wirkt sich auch auf die Futtermittelpreise aus – was wiederum die Ausgaben von Hühner- oder Schweinemastbetrieben erhöht.

Experten rechnen mit weiterem Anstieg

„Für viele Produzenten ist es schon länger sehr schwierig, die Kosten für die teureren Rohstoffe zu stemmen“, so Josef Domschitz von der WKO. Er rechnet damit, dass nicht nur einzelne Branchen wie Bäcker, sondern auch Lebensmittelhändler die Preise werden anziehen müssen.

AK-Expertin Gabriele Zgubic stellte von September bis Dezember bei günstigen Produkten schon im Schnitt 5,4% Preisplus fest. Einzelne Waren wie Nudeln (+50%), Sonnenblumenöl (+34%), Äpfel (+23%) oder Kartoffeln (+9%) seien aber viel stärker gestiegen.

<https://www.krone.at/2605349>

Kosmo online vom 17.1.2022

Start > NEWS > Chronik > Preise steigen: Diese Lebensmittel werden deutlich teurer

AKTUELLES NEWS CHRONIK

ALLES TEURER!

17. Jan. 2022

Preise steigen: Diese Lebensmittel werden deutlich teurer



(FOTO: iStockphoto)

Geflügelfleisch und Brot sind bereits angestiegen, dass sie werden noch teurer.

Für landwirtschaftliche Produkte sind die Preise enorm angestiegen. Laut Statistik Austria sind vor allem pflanzliche Produkte wie Mais, Roggen und Weizen bis zu 60 Prozent teurer, das schreibt das "O1-Morgenjournal".

Eine enorme Nachfrage aus dem In- und Ausland treibe die Preise nach oben. Allein bei Weizen kostete eine Tonne im November 2021 um 63 Prozent mehr, als noch 2021. Roggen ist um mehr als 24 Prozent gestiegen und Mais um mehr 48 Prozent teurer.

Weitere Produkte wie Geflügelfleisch, Mehl, Eier, Backwaren, sowie Brot werden ansteigen, so Franz Sinabell vom Wifo. Der Handel wird im Laufe des Jahres nachziehen müssen.“, erklärt Josef Domschitz von der Wirtschaftskammer. Um etwa 80 Prozent werden auch Erdäpfel teurer.

Quelle: Heute-Artikel

<https://www.kosmo.at/preise-steigen-diese-lebensmittel-werden-deutlich-teurer/>

Heute online vom 17.1.2022

17.01.2022, 08:16

Brot, Eier, Fleisch – diese Lebensmittel werden teurer



Viele Lebensmittel werden im Laufe des Jahres im Handel teurer.
Jeff Mangione / KURIER / picturedesk.com

Die Getreide-Preise sind im Jahresvergleich stark angestiegen. Vor allem Brot und Geflügelfleisch werden demnächst teurer.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind im Jahresvergleich enorm angestiegen, wie aus den Zahlen der Statistik Austria hervorgeht. Vor allem pflanzliche Produkte wie Weizen, Roggen und Mais wurden bis zu 60 Prozent teurer, berichtet das "Ö1-Morgenjournal".

Hohe Nachfrage im In- und Ausland

Eine hohe Nachfrage aus dem In- und Ausland treibe die Preise nach oben, heißt es aus der Branche. Die Wirtschaftskammer geht von Verteuerungen im Lebensmittelhandel aus.

Laut den Daten der Statistik Austria wurden beim Weizen gewaltige Preissprünge beobachtet. Eine Tonne kostete hier im November 2021 um 63 Prozent mehr, als noch im Jahr davor. Mais ist um 48 Prozent gestiegen und Roggen um mehr als 24 Prozent teurer.

Da Getreide dann weiterverarbeitet wird oder als Futtermittel für Tiere dient, werden die Preise für Brot, Backwaren, Geflügelfleisch, Eier und Mehl ebenfalls ansteigen, sagt Franz Sinabell vom Wifo.

Bäcker haben Preise schon erhöht

Wie Josef Domschitz von der Wirtschaftskammer erklärt, hätten einige Bäcker ihre Preise für Brot und Gebäck schon angezogen: "Der Handel wird im Laufe des Jahres nachziehen müssen."

Auch Erdäpfel wurden etwa um 80 Prozent teurer. Da der Preis hier aber in den letzten Jahren sehr niedrig war, spricht man von einer Preiserholung.

<https://www.heute.at/s/brot-eier-fleisch-diese-lebensmittel-werden-teurer-100184520>

Krone online vom 17.1.2022

krone.at

"krone.at" gefunden am 17.01.2022 21:15 Uhr

Teureres Getreide lässt Lebensmittelpreise steigen

Die hohe Nachfrage im In- und Ausland nach Getreide hat die Preise stark nach oben getrieben. Zuletzt kostete etwa Weichweizen 63 Prozent mehr als im Jahr davor.



(Bild: ©Printemps - stock.adobe.com).

Dadurch verteuerten sich seit letzten Herbst auch Lebensmittel wie z.B. Brot, Geflügel oder Eier. Heuer erwarten die Experten einen weiteren Schub nach oben.

„Verbraucher merken es jetzt schon, wenn sie Geflügelfleisch, Eier oder Mehl kaufen“, so Wifo-Agrarexperte Franz Sinabell. Denn nicht nur Bäcker mussten die Preise bereits anheben. Das teurere Getreide (Weizen +63%, Mais +48%, Roggen +24% usw.) wirkt sich auch auf die Futtermittelpreise aus – was wiederum die Ausgaben von Hühner- oder Schweinemastbetrieben erhöht.

Experten rechnen mit weiterem Anstieg

„Für viele Produzenten ist es schon länger sehr schwierig, die Kosten für die teureren Rohstoffe zu stemmen“, so Josef Domschitz von der WKO. Er rechnet damit, dass nicht nur einzelne Branchen wie Bäcker, sondern auch Lebensmittelhändler die Preise werden anziehen müssen.

AK-Expertin Gabriele Zgubic stellte von September bis Dezember bei günstigen Produkten schon im Schnitt 5,4% Preisplus fest. Einzelne Waren wie Nudeln (+50%), Sonnenblumenöl (+34%), Äpfel (+23%) oder Kartoffeln (+9%) seien aber viel stärker gestiegen.

(Bild: ©Printemps - stock.adobe.com).

<https://www.krone.at/2605349>

Die Presse vom 15.1.2022

Was das Essen teurer macht

Nahrung. Zu wenig Erdäpfel in Japan, zu wenig Fleisch in den USA: In den Regalen der Händler tun sich Lücken auf. Das ist zwar keine echte Versorgungskrise, aber einer von vielen Gründen, warum Essen bald mehr kosten wird.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Man kann es auch übertreiben: „Pommes-Krise in Japan“, titelte die „Süddeutsche Zeitung“, als Ende des Vorjahrs bekannt wurde, dass McDonald's in Japan wegen Problemen beim Erdäpfelnachschub nur noch kleine Pommes-Frites-Portionen anbietet. Eine Schlagzeile zum Schmunzeln. Ein paar Wochen später, mitten in der globalen Omikron-Welle, ist vielen in der Branche das Lachen vergangen. Mittlerweile sind Erdäpfel auch in Kenia Mangelware, weil die Container im Corona-Logistikchaos hängen bleiben. In Europa bedroht die Geflügelpest die Versorgung mit Eiern, die Währungskrise in der Türkei verteuert Haselnüsse. Australier dürfen Faschierter nur noch alle zwei Wochen einkaufen, und in den USA hält Omikron so viele Menschen von der Arbeit fern, dass sogar das Katzenfutter knapp wird.

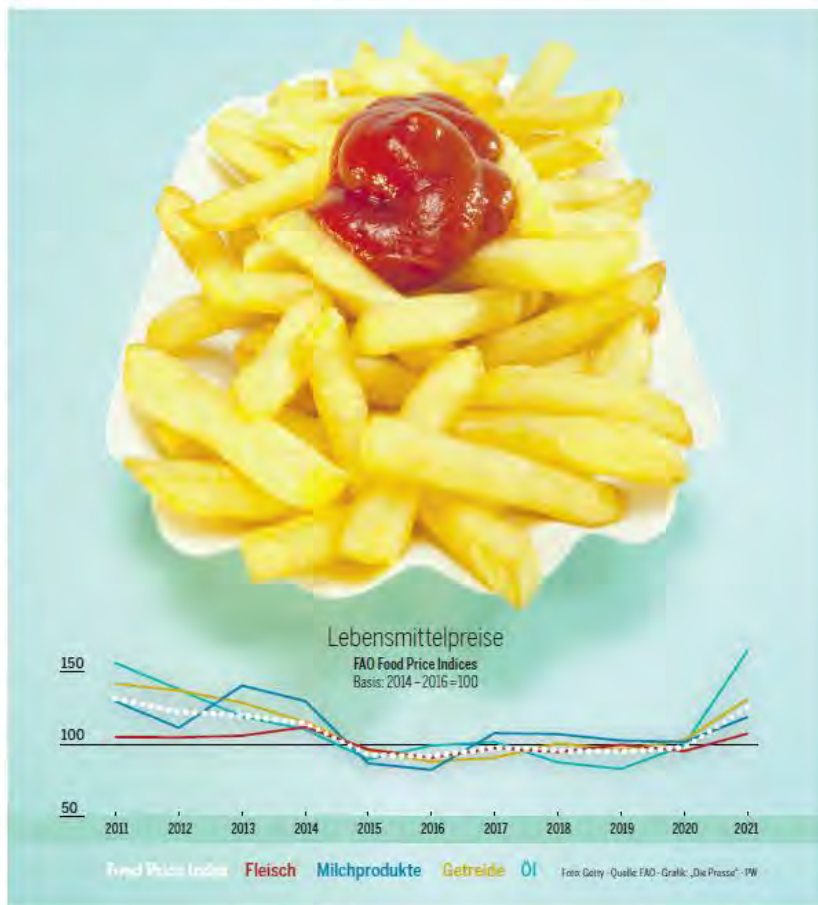
Hinweis auf eine echte Versorgungskrise sei das aber nicht, beruhigen Experten. Es gibt genug Essen, es ist – mangels funktionierender Lieferketten – nur oft am falschen Ort. Doch die Anekdoten sind auch Teil einer fundamentalen Wende an den Agrarmärkten, für die wir alle noch tief in die Tasche greifen werden. Die Selbstverständlichkeit, dass alles jederzeit und billig verfügbar sein muss, ist vorerst Geschichte.

Fragile Logistik, steigende Kosten

„Die Logistikprobleme, die infolge der Pandemie auftreten, treiben auch die Lebensmittelpreise in die Höhe“, sagt Franz Sinabell, Agrarökonom beim Wifo, zur „Presse“. Österreich ist davon noch nicht betroffen, aber in den Vereinigten Staaten, Australien und Großbritannien bleiben Lieferungen regelmäßig aus. Und die Ware, die es bis ins Land schafft, kostet entsprechend mehr als vor der Krise. Noch stärker aber ist der Effekt der Energiepreiskrise auf die Agrarbranche. Die Kosten für Erdgas haben sich seit dem Sommer in Europa mehr als verfünffacht. Da Erdgas ein wichtiger Bestandteil der Düngemittelproduktion ist, müssen Landwirte heute zweieinhalb Mal so viel für Stickstoffdünger bezahlen wie noch vor einem halben Jahr. Die Folge: Die europäischen Landwirte haben bis zum Herbst um 60 Prozent weniger Dünger und Pestizide eingekauft als in einem normalen Jahr. Ändert sich daran nichts, drohen Ernteaussfälle von bis zu einem Drittel – und das ganz unabhängig von Klimawandelbedingten häufigeren Dürren und Fluten, die den Ertrag zusätzlich bedrohen. Die große Erholung des Gaspreises ist derzeit erst für 2023 prognostiziert.

Die neue Psychologie auf dem Markt

Aber nicht immer hat es so einen handfesten Grund, warum ein Agrarrohstoff teurer wird. So lag die heurige Getreideernte in etwa im langjährigen Durchschnitt. Der Ertrag war weder sonderlich gut noch sonderlich schlecht. Trotzdem stiegen die Getreidepreise um 40 Prozent, Raps wurde sogar um das Doppelte teurer. Beobachter erklären dieses Phänomen zu einem großen Teil mit einem psychologischen Effekt, den die Covid-Krise



auf viele Marktteilnehmer hatte. Viele standen erstmals vor leeren Regalen, hatten erstmals wirklich Probleme, Rohstoffe von internationalen Lieferanten zu bekommen. Wie der Rest der Industrie reagierte auch die Lebensmittelbranche darauf, indem sie die Lager voller füllte und seither mehr Vorräte für Notfälle vorhält. Ein Nebeneffekt des neu entdeckten Hamsterns sind steigende Preise, selbst wenn genügend Ware verfügbar ist, weil sie nicht auf dem Markt angeboten wird, sondern in Lagern verräumt bleibt.

Die preistreibende Kraft der Politik

Mit der Pandemie hat auch der Protektionismus sein großes Comeback auf dem globalen Agrarmarkt gefeiert. Im ersten Coronajahr 2020 verhängten etwa etliche große Produzentenländer Exportstopps für Getreide. Die Praxis blieb bis heute unverändert: Erst seit Kurzem verbietet etwa Thailand die Ausfuhr von Schweinefleisch, weil es um die Versorgung der Bevölkerung fürchtet. Seit Herbst liefern Russland, Indien und die Türkei auch keinen Dünger mehr ins Ausland. All das hebt die Weltmarktpreise, die nach Daten der UN-Ernährungsorganisation FAO im Vorjahr auf einen Höchststand seit 2011 geklettert sind (siehe Grafik). Europa muss zudem die „Farm to fork“-Strategie der EU verdauen. Äcker sollen stillgelegt, der Pestizideinsatz verringert und der Biolandbau ausgebaut werden, um die Landwirtschaft grüner zu machen. Das ist gut, aber teuer. „Europas Agrarwirtschaft wird dadurch weniger wettbewerbsfähig“, sagt Ökonom Sinabell.

Mehr zum Thema:

- Leitartikel von Jakob Zirm S. 2
Düstere Zeiten für türkische Haselnüsse S. 2
Östern ohne Freilandier? S. 2

Sonderfall Österreich

Österreich hat den globalen Preisanstieg im Vorjahr nicht mitgemacht. Die Inflation bei Lebensmitteln blieb gering, wundert sich auch das Wifo. Josef Domschitz vom Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie erklärt das mit der Macht der Lebensmittelhändler. Sie hätten höhere Preise von heimischen Produzenten einfach nicht akzeptiert. „Die Situation ist dramatisch“, warnt er. Für viele Erzeuger sei der österreichische Handel der einzige Abnehmer. Dennoch rechnen sowohl er als auch die Wirtschaftsforscher heuer mit einer höheren Inflation bei Lebensmitteln. „Die Preise müssen steigen“, fordert Domschitz. Niemand könne die Kostenexplosion allein tragen.

© Maria Lassnig, 1980 (Museum Wien)

DOROT

JETZT BERATUNG UND ÜBERNAHME ZUR AUKTION

Maria Lassnig, 1980
erzielter Weltrekord €
Ferdinand Georg Waldmüller
erzielter Preis € 247.000
Diamantarmband aus ca.
erzielter Preis € 64.000

Die Presse online vom 14.1.2021

P Nahrung

Warum Essen teurer werden muss



Getty Images/Westend61

14.01.2022 um 18:19

von **Matthias Auer**



Zu wenig Erdäpfel in Japan, zu wenig Fleisch in den USA: In den Regalen der Händler tun sich Lücken auf. Das ist zwar keine echte Versorgungskrise, aber einer von vielen Gründen, warum Essen bald mehr kosten wird.

Wien. Man kann es auch übertreiben: „Pommes-Krise in Japan“, titelte die „Süddeutsche Zeitung“, als Ende des Vorjahrs bekannt wurde, dass McDonald's in Japan wegen Problemen beim Erdäpfelnachschub nur noch kleine Pommes-Frites-Portionen anbietet. Eine Schlagzeile zum Schmunzeln. Ein paar Wochen später, mitten in der globalen Omikron-Welle, ist vielen in der Branche das Lachen vergangen. Mittlerweile sind Erdäpfel auch in Kenia Mangelware, weil die Container im Corona-Logistikchaos hängen bleiben. In Europa bedroht die Geflügelpest die Versorgung mit Eiern, die Währungskrise in der Türkei verteuert Haselnüsse. Australier dürfen Faschiertes nur noch alle zwei Wochen einkaufen, und in den USA hält Omikron so viele Menschen von der Arbeit fern, dass sogar das Katzenfutter knapp wird.

Hinweis auf eine echte Versorgungskrise sei das aber nicht, beruhigen Experten. Es gibt genug Essen, es ist - mangels funktionierender Lieferketten - nur oft am falschen Ort. Doch die Anekdoten sind auch Teil einer fundamentalen Wende an den Agrarmärkten, für die wir alle noch tief in die Tasche greifen werden. Die Selbstverständlichkeit, dass alles jederzeit und billig verfügbar sein muss, ist vorerst Geschichte.

Fragile Logistik, steigende Kosten

„Die Logistikprobleme, die infolge der Pandemie auftreten, treiben auch die Lebensmittelpreise in die Höhe“, sagt Franz Sinabell, Agrarökonom beim Wifo, zur „Presse“. Österreich ist davon noch nicht betroffen, aber in den Vereinigten Staaten, Australien und Großbritannien bleiben Lieferungen regelmäßig aus. Und die Ware, die es bis ins Land schafft, kostet entsprechend mehr als vor der Krise. Noch stärker aber ist der Effekt der Energiepreiskrise auf die Agrarbranche.

Die Kosten für Erdgas haben sich seit dem Sommer in Europa mehr als verfünffacht. Da Erdgas ein wichtiger Bestandteil der Düngemittelproduktion ist, müssen Landwirte heute zweieinhalb Mal so viel für Stickstoffdünger bezahlen wie noch vor einem halben Jahr. Die Folge: Die europäischen Landwirte haben bis zum Herbst um 60 Prozent weniger Dünger und Pestizide eingekauft als in einem normalen Jahr. Ändert sich daran nichts, drohen Ernteaussfälle von bis zu einem Drittel - und das ganz unabhängig von klimawandelbedingt häufigeren Dürren und Fluten, die den Ertrag zusätzlich bedrohen. Die große Erholung des Gaspreises ist derzeit erst für 2023 prognostiziert.



Die neue Psychologie auf dem Markt

Aber nicht immer hat es so einen handfesten Grund, warum ein Agrarrohstoff teurer wird. So lag die heurige Getreideernte in etwa im langjährigen Durchschnitt. Der Ertrag war weder sonderlich gut noch sonderlich schlecht. Trotzdem stiegen die Getreidepreise um 40 Prozent, Raps wurde sogar um das Doppelte teurer. Beobachter erklären dieses Phänomen zu einem großen Teil mit einem psychologischen Effekt, den die Covid-Krise auf viele Marktteilnehmer hatte. Viele standen erstmals vor leeren Regalen, hatten erstmals wirklich Probleme, Rohstoffe von internationalen Lieferanten zu bekommen. Wie der Rest der Industrie reagierte auch die Lebensmittelbranche darauf, indem sie die Lager voller füllte und seither mehr Vorräte für Notfälle vorhält. Ein Nebeneffekt des neu entdeckten Hamsterns sind steigende Preise, selbst wenn genügend Ware verfügbar ist, weil sie nicht auf dem Markt angeboten wird, sondern in Lagern verräumt bleibt.

Die preistreibende Kraft der Politik

Mit der Pandemie hat auch der Protektionismus sein großes Comeback auf dem globalen Agrarmarkt gefeiert. Im ersten Coronajahr 2020 verhängten etwa etliche große Produzentenländer Exportstopps für Getreide. Die Praxis blieb bis heute unverändert: Erst seit Kurzem verbietet etwa Thailand die Ausfuhr von Schweinefleisch, weil es um die Versorgung der Bevölkerung fürchtet. Seit Herbst liefern Russland, Indien und die Türkei auch keinen Dünger mehr ins Ausland. All das hebt die Weltmarktpreise, die nach Daten der UN-Ernährungsorganisation FAO im Vorjahr auf einen Höchststand seit 2011 geklettert sind (siehe Grafik). Europa muss zudem die „Farm to fork“-Strategie der EU verdauen. Äcker sollen stillgelegt, der Pestizideinsatz verringert und der Biolandbau ausgebaut werden, um die Landwirtschaft grüner zu machen. Das ist gut, aber teuer. „Europas Agrarwirtschaft wird dadurch weniger wettbewerbsfähig“, sagt Ökonom Sinabell.

Sonderfall Österreich

Österreich hat den globalen Preisanstieg im Vorjahr nicht mitgemacht. Die Inflation bei Lebensmitteln blieb gering, wundert sich auch das Wifo. Josef Domschitz vom Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie erklärt das mit der Macht der Lebensmittelhändler. Sie hätten höhere Preise von heimischen Produzenten einfach nicht akzeptiert. „Die Situation ist dramatisch“, warnt er. Für viele Erzeuger sei der österreichische Handel der einzige Abnehmer. Dennoch rechnen sowohl er als auch die Wirtschaftsforscher heuer mit einer höheren Inflation bei Lebensmitteln. „Die Preise müssen steigen“, fordert Domschitz. Niemand könne die Kostenexplosion allein tragen.

<https://www.diepresse.com/6085764/warum-essen-teurer-werden-muss>
